

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 a bis 4 g auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Ernst Burgbacher, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Daniel Bahr (Münster), weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- (A) eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung**
– Drucksache 15/1112 –
(Erste Beratung 53. Sitzung)
Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)
– Drucksache 15/1897 –
Berichterstattung:
Abgeordnete Hermann Bachmaier
Dr. Norbert Röttgen
Jerzy Montag
Rainer Funke
- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Peter Hintze, Michael Stübgen, Peter Altmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
Für eine zügige Regierungskonferenz über die EU-Verfassung
– Drucksache 15/1694 –
Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Auswärtiger Ausschuss
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Haushaltsausschuss
- (B) c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Peter Gauweiler, Klaus Hofbauer, Dr. Gerd Müller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
Gottesbezug im Europäischen Verfassungsvertrag
– Drucksache 15/1695 –
Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Kultur und Medien
- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Rainer Brüderle, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
Daseinsvorsorge nicht gegen Wettbewerb auspielen
– Drucksache 15/1712 –
Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
- e) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Rainer Brüderle, Sabine

Leutheusser-Schnarrenberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (C)

Preisstabilität als Ziel im EU-Verfassungsvertrag festschreiben – Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sichern

– Drucksache 15/1801 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Haushaltsausschuss

- f) Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Die Errungenschaften des Konvents sichern – das Europäische Verfassungsprojekt erfolgreich vollenden

– Drucksache 15/1878 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- g) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (20. Ausschuss)

– zu dem **Entschließungsantrag** der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Thessaloniki am 20./21. Juni 2003

- zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Hintze, Michael Stübgen, Peter Altmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU (D)

Zum Stand der Beratungen des EU-Verfassungs-Vertrages

– Drucksachen 15/1212, 15/1207, 15/1898 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Michael Roth (Heringen)
Peter Altmaier
Anna Lührmann
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache anderthalb Stunden vorgesehen, wobei die FDP zwölf Minuten erhalten soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Bevor ich den ersten Redner aufrufe, bitte ich um mehr Ruhe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Ergebnis der anderen namentlichen Abstimmung teile ich Ihnen mit, sobald es vorliegt.

(B) In der Debatte erteile ich jetzt dem Abgeordneten Dr. Werner Hoyer das Wort.

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In nur fünf Wochen sollen und wollen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den **Verfassungsvertragsentwurf** unter Dach und Fach bringen. Gegenwärtig befindet man sich in einer Art Hängepartie. Es ist noch längst nicht klar, wie die noch existierenden Konflikte aufgelöst werden können.

Ich fürchte, auch diesmal werden viele der ganz wichtigen Fragen bis zum Schluss offen bleiben. In einer Nacht der langen Messer werden die Staats- und Regierungschefs selber verhandeln müssen. Nach den Erfahrungen von Amsterdam und Nizza ist das nicht unbedingt der Königsweg, um zu sachgerechten Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der FDP)

Ich fürchte, dass die nicht nur von uns zu Recht als erfolgreich gelobte Konventsmethode nachträglich relativiert werden könnte. Ich fürchte vor allem, dass der Vertragsentwurf gegenüber dem Entwurf des Konvents unterm Strich nicht verbessert, sondern verschlimmbessert werden könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich fürchte darüber hinaus, dass sich am Ende diejenigen durchsetzen könnten, die nicht sehen wollen, dass der Grundgedanke der „ever closer union“, der immer

enger werdenden Integration der europäischen Völker, darin besteht, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, dass Europa kein Nullsummenspiel ist, bei dem der eine verliert und der andere gewinnt, sondern dass es auf den europäischen Mehrwert ankommt. Gegenwärtig erinnert das, was zurzeit geschieht, eher an einen Pferdehandel.

(Beifall bei der FDP)

Jeder von uns hier im Bundestag, im Europäischen Parlament oder sonstwo hätte einen anderen ihm ideal erscheinenden **Verfassungstext** geschrieben, als dies der Konvent getan hat. Ich hätte mir einen sehr viel schlankeren und strafferen Verfassungstext gewünscht, in dem die einzelnen Politikbereiche außerhalb der Verfassung getrennt aufgeführt werden. Der Unterschied wird in diesen beiden Büchern deutlich: In meiner einen Hand halte ich den Verfassungsteil des Vertragsentwurfs, in meiner anderen die einzelnen Politikbereiche.

Ich als Liberaler hätte mir ein sehr viel klareres Bekenntnis zu Freiheit, Wettbewerb und Vielfalt gewünscht. Ich hätte mir die insgesamt gelungene Regelung für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit noch stringenter vorstellen können, obwohl ich betonen muss, dass hier sehr viel erreicht worden ist. Ich hätte mir eine klarere Prioritätensetzung für das geldpolitische Ziel der Preisniveaustabilität gewünscht. Im Rat ist Gott sei Dank dazu wohl ein Erfolg erzielt worden.

Ich hätte mir darüber hinaus gewünscht, dass der **Europäischen Zentralbank** nicht der Organcharakter zugeschrieben wird, sondern sie die Unabhängigkeit behält, die ihr im Vertrag von Maastricht und Amsterdam zugewiesen ist,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

(D)

Dr. Werner Hoyer

- (A) ohne jede Form des Verdachtes der Relativierung durch die Loyalitätsverpflichtung, die ein Organ gegenüber den anderen Organen der Europäischen Union beachten muss.

Manche meiner Wünsche kann man vielleicht noch durchsetzen, wenn man es denn will. Das gilt insbesondere für die Frage der **Geldpolitik** der Zentralbank. Ohne den Vertrag aufzuschnüren, ist es leicht möglich, das Maastricht-Protokoll eins zu eins in den Vertragstext zu übernehmen. Ich hoffe, dass dies so verhandelt wird und dann auch gelingt. Das Problem besteht wahrscheinlich darin, dass diese Bundesregierung genau das nicht will. Kein Wunder, dass der Finanzminister heute nicht da ist.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Er war aber schon da!)

Es geht um die Versuchung, den **Stabilitäts- und Wachstumspakt** durch den Verfassungsvertrag auf kaltem Wege möglichst lautlos zu Grabe zu tragen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Ein Anschlag auf die Stabilität!)

Das ist Verrat am Euro. Das ist Verrat am Vertrauen der Menschen in den Euro.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist ein Vertrauensbruch gegenüber den Partnern, denen Deutsche bis vor kurzem noch meinten Vorträge über finanzpolitische Solidität halten zu müssen.

- (B) (Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Den Euro würde es ohne den Stabilitätspakt nicht geben!)

Zurück zu den Änderungswünschen. Ich sehe auch die Änderungswünsche anderer Länder. Die Debatte in **Frankreich** ist spannend. Wenn man sich vorstellt, dass in der Partei von François Mitterrand gegenwärtig eine Debatte darüber stattfindet, ob dieser Vertrag nicht zu wettbewerbsorientiert und zu neoliberal ist, wie es dort heißt, dann fragt man sich, ob die Schöpfer dieses Konventsentwurfs insgesamt nicht doch eine gute Balance gefunden haben.

Deshalb warne auch ich davor, das Paket aufzuschnüren. Dabei kann unter Umständen etwas sehr Schlechtes herauskommen. Aber ich frage mich, ob sich die Bundesregierung nicht schon längst darauf eingerichtet hat, dass sie aufschnüren muss, und ich befürchte, dass das dann geschieht, ohne dass ein einziges wichtiges nationales Anliegen Deutschlands noch einmal auf den Tisch der Verhandlungsrunde gebracht worden ist.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich sehe eine Fülle von **Konzessionen**, die schon jetzt in der Pipeline sind, beispielsweise dass es am Ende 31 Kommissare und nicht 15 sein werden. Ich sehe mehr Abgeordnete Spaniens und Portugals im Europäischen Parlament als im Konventsentwurf vorgesehen und damit eine Verschärfung des Problems der ungleichgewichtigen Verteilung der Parlamentsmandate.

(C) Ich sehe das Prinzip der doppelten Mehrheit, das für uns absolut nicht verhandelbar sein darf, zum Schluss doch noch gefährdet. Schließlich – das ist mir gestern hammerhart klar geworden – sehe ich die Gefahr, dass das Europäische Parlament in der Schlussrunde entscheidend geschwächt wird, wenn das Recht des Europäischen Parlaments auf die Letztentscheidung über die Ausgabenseite des Haushalts schließlich doch beim Ecofin-Rat landet, und nicht beim Europäischen Parlament bleibt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das wäre die totale Bankrotterklärung der deutschen Verhandlungsstrategie. Ich hoffe, Sie werden nicht mit einem solchen Ergebnis aus Rom zurückkommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Was soll denn das?)

Wir Freien Demokraten wollen Ihnen vorschlagen, das Volk in die Lage zu versetzen, dem Verfassungsvertrag ausdrücklich zuzustimmen. Wir wollen deshalb heute auf Initiative unseres Freundes Ernst Burgbacher einen Grundgesetzänderungsantrag, mit dem die Möglichkeit des **Referendums** eröffnet wird, einbringen und darüber abstimmen lassen. Wir sind keineswegs für Volksentscheide über alle möglichen Quisquilien. Aber wenn es um eine so wesentliche, weitgehende Weichenstellung für die Zukunft eines Volkes geht, dann muss das Volk die Möglichkeit haben, Ja oder Nein zu sagen.

(Beifall bei der FDP)

(D) Die Kollegin Lührmann hat am 8. Mai ein flammendes Plädoyer für den Volksentscheid über die Verfassung gehalten. Ich gratuliere dazu. Ich bedanke mich bei Ministerpräsident Stoiber, der noch im Juli gesagt hat: „Ich sage schon lange, dass die Einführung des Euro die letzte EU-Entscheidung dieser Tragweite ohne Volksbefragung gewesen sein muss.“ Ich könnte noch viele andere zitieren, zum Beispiel Herrn Singhammer oder Elmar Brok. Vor allen Dingen möchte ich mich bei unserem Bundestagsvertreter im Konvent, Professor Jürgen Meyer, bedanken, der im März gemeinsam mit Kollegen aus fast allen Ländern den Antrag einbrachte, der Konvent solle allen Mitgliedstaaten verbindliche Referenden empfehlen und da, wo es die nationale Verfassung nicht hergibt, zumindest Volksbefragungen empfehlen.

(Günter Gloser [SPD]: Sie zitieren heute Herrn Stoiber!)

Wir von der FDP stehen mit unserer Forderung also keineswegs alleine. Ich bin nur gespannt, wie die selbsternannten Mitglieder der Speerspitze direkter Demokratie nachher abstimmen werden.

(Joseph Fischer, Bundesminister: Ablehnen!)

Referenden bergen Risiken; das wissen wir alle. Sie bergen vor allen Dingen das Risiko, dass über alles Mögliche diskutiert wird, über die Abtreibung in Irland, über den Gottesbezug in der Verfassung Polens oder über eine Regierung in Deutschland, die abgewirtschaftet hat, nur nicht darüber, worum es eigentlich geht. Diese Gefahr besteht. Aber man kann das, Herr Minister,

Dr. Werner Hoyer

- (A) auch umkehren. Man kann nämlich sagen, dass ein Referendum uns endlich als Politiker in die Pflicht nimmt, und zwar alle, für diese europäische Verfassung einzustehen und in unseren **Wahlkreisen** dafür zu kämpfen.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Debatte über den Euro gab es doch eine schmerzliche Erfahrung. Viele, die mit ihrer Abstimmung im Parlament große Verantwortung für Deutschland und Europa übernehmen, bleiben während der öffentlichen Debatte über Europa lieber mit angelegten Löffeln in der Ackerfurche liegen und überlassen das Europageschäft den Spezialisten. Ist das nicht ein peinliches Zeichen vorauseilender Resignation, wenn wir hier im Deutschen Bundestag wahrscheinlich mit einer übergroßen Mehrheit, fast einstimmig, dem Verfassungsvertrag zustimmen werden,

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: So weit sind wir noch nicht!)

uns aber nicht zutrauen, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen?

(Beifall bei der FDP)

Wir Freien Demokraten wollen als überzeugte Europäerinnen und Europäer mit jahrzehntelanger Tradition liberaler Europapolitik den Bürgern die Möglichkeit geben, Ja zu sagen. Wir wollen ihnen auch die Empfehlung geben, zu diesem Vertragsentwurf Ja zu sagen, wenn in Rom auf den letzten Metern etwas wirklich Vertretbares herauskommt. Geben Sie, meine Damen und Herren, den Bürgerinnen und Bürgern diese Chance! Es geht um eine der wichtigsten Weichenstellungen in der Geschichte unseres Landes.

- (B)

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Michael Roth.

(Beifall bei der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa lässt sich ohne **Verfassung** nicht in eine gute Zukunft führen. Wir brauchen eine Verfassung, die Europa auf einem starken Fundament von Werten und Grundüberzeugungen wachsen lässt, die eine tragfähige Brücke zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und den politischen Institutionen andererseits bildet und die deutlich macht, wer in Europa für was zuständig ist. Wir brauchen eine Verfassung, die Europa in einer globalisierten Welt handlungsfähiger macht und die vor allem demokratische und transparente Entscheidungsprozesse garantiert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist die heutige Debatte im Deutschen Bundestag so wichtig. Mehr Demokratie, Handlungsfähigkeit und

Transparenz für die EU liegen in unserem ureigenen Interesse. (C)

Dass wir unserer Vision einer europäischen Verfassung so nahe gekommen sind, haben wir dem **Verfassungskonvent** zu verdanken. Er war mehrheitlich mit Abgeordneten – Vertreterinnen und Vertretern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments – besetzt. Endlich ging es nicht länger um nationalstaatliche Egoismen; nun stand ein gesamteuropäisches Interesse im Mittelpunkt der Verhandlungen. Der Konvent hat ein eindrucksvolles Ergebnis vorgelegt. Ich denke, dass wir in diesem Hause darin im Großen und Ganzen übereinstimmen.

Nun sind die Regierungen gefordert. Sie stehen jetzt in der Pflicht, den verfassungsgebenden Prozess erfolgreich fortzusetzen. Die **Regierungskonferenz** muss bis zum Jahresende ihre Arbeit abschließen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Warum denn?)

Leider können wir dieser Regierungskonferenz kein gutes Zwischenzeugnis ausstellen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das liegt an Fischer!)

Im Gegenteil: Eine große Anzahl von Mitgliedstaaten will die Uhr noch einmal zurückdrehen. Sie scheinen nichts aus dem weitgehenden Scheitern vergangener Regierungskonferenzen gelernt zu haben. Der Verfassungskonvent war doch kein generöses Geschenk der Regierungen an die Parlamente. Vielmehr haben wir uns dieses Stückchen Demokratie erstreiten müssen. (D)

Ich setze nur begrenzt Vertrauen in ein Verfahren, das die europäische Verfassung wieder allein in die Hände von Regierungen und Diplomaten legt und sie den Parlamenten weitgehend und der Öffentlichkeit vollständig entzieht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Aber Sie können doch nicht die Bundesregierung in dieser Frage angreifen! Es ist unglaublich, was Sie machen!)

– Zur Bundesregierung komme ich noch, lieber Kollege Müller. Sie hat sich bislang glücklicherweise ganz anders und sehr vorbildlich verhalten. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Wen meinen Sie denn damit?)

Die Chancen des **Bundestages**, direkten Einfluss auf die Verhandlungen der Regierungskonferenz zu nehmen, sind mehr als begrenzt. Insofern müssen wir den Menschen reinen Wein einschenken.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: So werden Sie nie Staatsminister!)

Das liegt leider in der Natur der Sache. Daher kann ich die Äußerungen von Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts nicht nachvollziehen, die in der

Michael Roth (Heringen)

- (A) Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als sei jetzt das Parlament gefordert, sich einzubringen. So sehr ich mir im Bundestag europapolitische Debatten vor vollem Hause wünsche, so verfehlt wäre doch die Annahme, wir säßen mit am Verhandlungstisch der europäischen Staats- und Regierungschefs.

Die historische Bedeutung des Konvents liegt doch gerade in der Mitwirkung und Mitentscheidung der Parlamente. Mehr Demokratie wurde im verfassungsgebenden Prozess Europas noch nie gewagt. Der Bundestag hat keinen Grund, sich zu beschweren. Wir haben unsere Rechte im Rahmen unserer Möglichkeiten genutzt. Allein die Koalitionsfraktionen brachten zwei Anträge ein, die eine Richtschnur für unsere Delegierten im Konvent waren.

Die derzeitigen Debatten in der Regierungskonferenz geben Anlass zu großer Sorge. Ich stimme darin ausdrücklich mit dem Kollegen Hoyer überein. Einige Regierungen tun so, als hätten sie mit dem Verfassungsentwurf nichts zu tun, so als hätten sie nicht am Verhandlungstisch gesessen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Sie meinen die deutsche Regierung, oder?)

Ist der Entwurf etwa vom Himmel gefallen?

Die **Bundesregierung** – jetzt komme ich zu dem Punkt, den Sie sich sehnlichst gewünscht haben, Herr Kollege Müller –

- (B) (Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Unsere Regierung tut gar nichts! Sie schaut nur zu!)

hat sich von Anfang an hinter den Konventsentwurf gestellt.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Und jetzt schläft sie seit drei Monaten!)

Sie will das Kompromisspaket nicht noch einmal aufschüren. Sie ist – damit zitiere ich eine Äußerung von Staatssekretär Scharioth in der gestrigen Sitzung des Europaausschusses – der Gralshüter dieses Verfassungsentwurfs. Für diesen mutigen Einsatz danken wir dem Bundeskanzler und auch dem Außenminister.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es besteht aber auch Anlass zur Kritik. Wir sollten in diesem Zusammenhang eine deutlichere Sprache sprechen als bislang. Vor allem die **mittelosteuropäischen Länder** haben mit dem Weg in die EU einen langen und steinigen Weg zurückgelegt. Ihnen wurde und wird eine Menge abverlangt. Bei allem Respekt für ihre schwierige Lage bin ich mehr als enttäuscht über manche Blockade. Wie man beispielsweise die komplizierte und wenig demokratische Stimmengewichtung im Rat, auf die man sich in Nizza mehr schlecht als recht verständigen konnte, zu einer Frage der nationalen Ehre, sogar zu einer Frage über Leben und Tod aufbauschen kann, ist mir mehr als schleierhaft. So kommen wir in Europa nicht voran!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Dass in einer Regierungskonferenz verhandelt und auch gestritten werden muss, steht auch für die SPD-Bundestagsfraktion völlig außer Zweifel. Wir markieren jedoch klare rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Wir sind nicht bereit, jeden Rückschritt und jeden Formelkompromiss zu akzeptieren. Für uns gibt es kein Zurück hinter die Errungenschaften des Konventes.

Die EU ist nicht nur eine Union der Staaten, sondern auch eine Union der Bürgerinnen und Bürger. Das muss sich in den Entscheidungsprozessen widerspiegeln.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Daher ist für uns eine Abkehr von dem **Prinzip der doppelten Mehrheit im Rat** inakzeptabel.

Die EU braucht auch ein starkes Parlament als Partner der nationalen Parlamente. Daher ist für uns eine Schwächung des **Europäischen Parlaments** in allen Haushaltsangelegenheiten, wie dies zum Teil Stimmen aus dem Ecofin-Rat irrigerweise fordern, völlig inakzeptabel.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Auch der deutsche Finanzminister!)

– Der deutsche Außenminister hat klar Stellung bezogen und darauf hingewiesen, dass er diese Auffassung nicht teile. Hier vertraue ich unserem Finanzminister genauso.

(D)

Guten Gewissens können wir nur dann Kompetenzen an die EU abtreten, wenn die Aufgaben, die uns bislang als Bundestag zukommen, vom Europäischen Parlament wahrgenommen werden können. Die EU braucht auch mehr **Transparenz**. Daher müssen die Räte öffentlich beraten und entscheiden. Das ist ein Stück Demokratie, das man der europäischen Ebene nicht nehmen darf. Deswegen halten wir auch an unserer Forderung nach einem Legislativrat fest, der sich irgendwann einmal – das ist ein Traum – zu einer Staatenkammer weiterentwickeln könnte.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Die EU braucht mehr **Handlungsfähigkeit**, vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik. Darüber haben wir im Bundestag häufig genug gestritten und waren meistens einer Meinung. Das Amt eines europäischen Außenministers darf daher nicht noch einmal infrage gestellt werden. Wir müssen endlich die Blockaden überwinden und in möglichst vielen Politikfeldern im Rat mit Mehrheit und nicht länger einstimmig entscheiden. Wer jetzt die Axt an zukunftsweisende Fortschritte ansetzt, auf die sich der Konvent verständigt hat, muss mit unserem Widerspruch und Widerstand rechnen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Nun streiten wir auch in der heutigen Bundestagsdebatte darüber, wie wir uns gegenüber der Regierungskonferenz politisch positionieren sollten und was wir der

Michael Roth (Heringen)

- (A) Regierung mit auf den Weg geben sollten. Selbstverständlich finden wir als Sozialdemokraten nicht alle unsere Forderungen im Konventsentwurf wieder. Wir hätten uns in einigen Bereichen klarere Regelungen und größere Fortschritte gewünscht. Aber es wäre gefährlich, wenn auch wir nun als „Gralshüter“ mit einem langen Wunschzettel die Regierungskonferenz traktierten. Die Versuchung – ich kann das gut verstehen, Herr Kollege Müller – mag groß sein, in der Regierungskonferenz das durchzusetzen, was sich im Konvent nicht erreichen ließ. Aber glaubt denn wirklich jemand, dass sich das Konventsergebnis durch eine Regierungskonferenz nachhaltig verbessern ließe? – Mitnichten! Leider unterliegt auch die Union diesem Irrglauben.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: 23 Mitgliedstaaten glauben das!)

Die CDU hat sich von der CSU aufs Glatteis führen lassen und sich den Schneid abkaufen lassen. Der bayerische Ministerpräsident geht im Bundesrat sogar so weit, dass er sich über die bekannte Liste der Union hinaus weitere Forderungen vorbehält. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen wir denn andere Mitgliedstaaten daran hindern, Errungenschaften im institutionellen Bereich anzutasten, wenn wir selbst den gefundenen Kompromiss fortwährend infrage stellen? Die Regierungskonferenz sollte sich auf Präzisierungen und einige wenige Änderungen beschränken, die aber an der Substanz des Konventsentwurfs nichts ändern. So stünde beispielsweise aus unserer Sicht und auch aus der Sicht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes – darüber haben wir schon auf der gestrigen Sitzung des Europaausschusses gesprochen – eine klareren Hinweis auf den Schutz nationaler Minderheiten, so wie dies die Ungarn fordern, nichts im Wege.

Ebenso halte ich eine Debatte über den **Gottesbezug** für mehr als legitim. Aber, meine Damen und Herren von der Union, über so etwas kann und darf man doch nicht entlang von Fraktionslinien diskutieren. Es gibt auch in meiner Fraktion nicht wenige, die eine Bezugnahme auf Gott für hilfreich und unterstützungswürdig halten. Ich persönlich setze mich sehr für eine entsprechende Formulierung ein.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Dann unterstützen Sie doch unseren Antrag!)

Den Gläubigen, egal wo sie sitzen, bei der Union, bei der SPD, bei der FDP oder auch bei den Grünen, tut es sicherlich gut, zu wissen, dass wir auch in Europas Verfassung Begrenzungen unseres Handelns und das Eingebunden-Sein in unseren Glauben finden können.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Der Kanzler hat in dieser Frage bisher nichts getan!)

– Sie hätten dem Kanzler einmal zuhören sollen. Der Kanzler hatte nämlich einen sehr guten Vorschlag unterbreitet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Nichts hat er gemacht!)

Er hat gesagt, er könne damit leben.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Er wehre sich nicht gegen eine Aufnahme, hat er gesagt!)

– Schaum vor dem Mund bringt uns in dieser Frage überhaupt nicht weiter. Wir sollten mit dieser Frage sehr sensibel umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass es in Europa streng laizistisch organisierte oder verfasste Staaten gibt. Für die wäre eine Bezugnahme auf Gott zumindest problematisch. Auch diesen Staaten müssen wir Respekt entgegenbringen. Da hilft doch gar nichts.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Schröder als Atheist wehrt sich da nicht! – Günter Gloser [SPD]: Müller erzähl nicht solche Unwahrheiten!)

Ich bin vor allem deshalb für den Gottesbezug, weil er keine Glaubensgemeinschaft ausschließt. Er dürfte also auch für Atheisten, für Agnostiker tolerabel sein.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Natürlich! Auch für den Kanzler!)

Ein ausdrücklicher Hinweis allein auf das christliche Erbe jedoch ist für mich inakzeptabel. Die herausragende Bedeutung des Christentums für Identität, Entwicklung, historische Höhen und Tiefen von Europas Geschichte steht völlig außer Zweifel. Aber waren das **antike Rom** und **Griechenland** nicht ebenso wirkungsmächtig für Rechts- und Staatsordnung, Philosophie und politische Ideengeschichte? Dürfen wir die Bedeutung des europäischen **Judentums** ignorieren oder den Jahrhunderte währenden Einfluss des **Islam** auf Naturwissenschaften, Kunst und Architektur, übrigens nicht nur auf der Iberischen Halbinsel?

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Nein, das dürfen wir nicht!)

Sind nicht auch das wesentliche Quellen der Inspiration für und in Europa?

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Natürlich! – Günter Gloser [SPD]: Müller ist begrenzt!)

Die FDP und manche Vertreter von Wissenschaft und Medien, die vom neoliberalen Zeitgeist umweht sind, haben ihren Frieden mit der sozialen Dimension Europas offensichtlich noch nicht geschlossen. Diese Auseinandersetzung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, sind wir gern bereit zu führen. Freier Markt und hemmungsloser Wettbewerb sind mit unserem **europäischen Gesellschaftsmodell** unvereinbar.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Europa definiert sich über soziale Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger. Europa lebt von Solidarität

Michael Roth (Heringen)

- (A) und Gerechtigkeit. Das sind Prinzipien, für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Gewerkschaften, viele Verbände und Organisationen während der Erarbeitung der Grundrechtecharta und im Verfassungskonvent erfolgreich gestritten haben. Diese Errungenschaften lassen wir uns von niemandem nehmen. Wir werden dies auch im Rahmen des Europawahlkampfes deutlich zu machen versuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die FDP fordert ein Referendum über die europäische Verfassung. Mein Kollege Axel Schäfer wird sich nachher noch eingehend dazu äußern. Sie stehen mit dieser Forderung – das sage ich ganz offen – nicht allein. Es gibt aber ebenso viele Stimmen, die das aus vielerlei Gründen vehement ablehnen. Ich erinnere nur an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, **Pat Cox**, meines Wissens ein Liberaler. Er hat in der vergangenen Sitzung des Europaausschusses eindringlich vor den Gefahren eines Referendums gewarnt.

(Beifall des Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU])

Diese Koalition streitet seit 1998 für die Verankerung von mehr direkter Demokratie in unserem Grundgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen von der grundsätzlichen Notwendigkeit plebiszitärer Elemente also überhaupt nicht überzeugt werden.

- (B) (Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Angst vor dem Volk!)

Bislang sind wir am Widerstand der Union gescheitert. Die Frage eines Referendums zur europäischen Verfassung muss in ein Gesamtkonzept eingebettet sein. (C)

Zum Schluss: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es steht viel auf dem Spiel. Bei der europäischen Verfassung geht es nicht nur um Institutionen und Regularien, auch wenn wir Europapolitiker manchmal ein bisschen zu viel darüber reden. Es geht um unser **Wertefundament**. Es geht um unser Selbstverständnis von Europa, das die Globalisierung nur demokratisch oder gar nicht aktiv zu gestalten vermag. Von diesem guten Geist waren die Beratungen des Konvents geprägt. Ich vermisse ihn leider bei der Regierungskonferenz. Aber es ist noch nicht zu spät. Auch wir als Deutscher Bundestag sind gefordert. Lassen Sie uns heute ein klares Signal für den Verfassungsentwurf des Konvents setzen! Er hat unser aller Unterstützung mehr als verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- (A) Jetzt fahren wir in der Debatte fort. Ich erteile dem Abgeordneten Peter Hintze das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Hintze (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns liegt heute ein Antrag der FDP-Fraktion zur Änderung des Grundgesetzes vor, um einen Volksentscheid über die zukünftige EU-Verfassung in Deutschland durchzuführen. Es war interessant, eben beim Kollegen Roth ein wenig zu verfolgen, welchen Eiertanz die rot-grüne Gruppe hier im Deutschen Bundestag bei diesem Thema aufführt;

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das ist ehrlich!)

denn sie hat immer nach Plebisziten geschrien. Mein Kollege Vorredner hat in einem Punkt Recht: In dieser Frage gibt es in diesem Haus eine einzige Fraktion, die kristallklar die Leitprinzipien der **repräsentativen Demokratie** vertritt, die uns in Deutschland und Europa Stabilität gebracht haben, und das sind wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Mit Ausnahme der CSU! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Lächerlich, Herr Hintze! – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Karneval!)

- (B) – Verehrter Kollege Westerwelle, ich spreche für CDU und CSU.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wir sind hier nicht im Kabarett!)

Ich halte es für einen fatalen Fehler, das Grundgesetz zu ändern. Der Kollege Hoyer hat uns in der intellektuellen Redlichkeit, die wir von ihm kennen, dafür auch die notwendigen Belege geliefert.

Eine Volksabstimmung über Europa wäre nichts anderes als eine **Bühne für Sektierer und Randalierer**,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auf der alle Kräfte, die eine europäische Verfassung durchbringen müssen,

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das ist eine Beleidigung von Herrn Stoiber!)

sich mit antieuropäischen Ressentiments herumschlagen müssten.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ich weise die Anwürfe gegen Kollegen Stoiber zurück! Herr Stoiber ist kein Sektierer!)

– Das nehmen wir entgegen, Herr Westerwelle.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Aber Herr Westerwelle ist ein Randalierer!)

Meine Damen und Herren, wenn wir unsere eigene Bundesregierung noch ein wenig in Schutz nehmen wollen, die auf der europäischen Ebene eine Verpflichtung hat, lautet das wichtigste Argument: Eine solche Volksabstimmung wäre mit Sicherheit ein **Blitzableiter für die Unzufriedenheit** der Bevölkerung über eine Regierung, die eine derartig desaströse Politik macht, dass wir uns real und stimmungsmäßig in einem historischen Tief befinden. Wir können Europa nicht darunter leiden lassen, dass diese Regierung eine so schlechte Politik macht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit wachsender Sorge, Herr Bundesaußenminister, verfolgen wir auch die Strategie der Bundesregierung in der **Regierungskonferenz**.

(Markus Löning [FDP]: Seit wann hat sie eine Strategie?)

Das läuft im Moment nach dem Motto: Die anderen bringen die Verschlechterungen ein und die deutsche Bundesregierung weigert sich, als richtig erkannte Verbesserungen vorzuschlagen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unverantwortlich! Selbst Herr Roth sieht das anders!)

Diese Arbeitsteilung halte ich für unglücklich.

Beim Start der Regierungskonferenz – das betrifft den gesamten Deutschen Bundestag – wurde direkt in der ersten Sitzung ein Kernelement der europäischen Verfassung eliminiert, nämlich der Legislativrat, der eindeutig mehr Transparenz und mehr Demokratie in die europäischen Entscheidungsprozesse gebracht hätte. Ich weiß, der Bundesaußenminister hat mannhaft dagegen gefochten, aber mir kommt es auf Folgendes an: Es geht nicht an, dass die anderen Salamischeibe für Salamischeibe Elemente aus der Verfassung herausnehmen, während wir, da wir uns dem Entwurf verpflichtet fühlen, aus unserer Sicht keine Verbesserungen an anderer Stelle vorschlagen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

die man, wenn man so etwas schon hinnimmt, vielleicht auch als Gegenstück hineinbringen könnte. Ich erwarte also von unserer Bundesregierung, dass sie ihre hierbei verfolgte Strategie ändert.

(Beifall bei der CDU/CSU – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unverantwortlich!)

Als Nächstes droht eine **Beschränkung des Haushaltsrechts** des Europäischen Parlaments.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Skandalös!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Haushaltsrecht ist das Kernrecht des Parlaments. Jedenfalls für unsere Fraktion sage ich hier: Die Kollegen im Europäischen Parlament haben unsere Solidarität und die Regierungskonferenz hat mit unserem Widerstand zu rechnen, wenn auch diese Rechte des Parlaments im Verfassungsentwurf zerstört werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Hintze

- (A) Ganz entscheidend wird sein, die Regelung der **doppelten Mehrheit** im Konventsentwurf zu verteidigen; Mehrheit der Staaten plus Mehrheit der Bürger, das ist demokratisch. Ich halte es für gefährlich, die Diskussion sämtlicher wichtiger Themen auf die letzte Nacht – so hat uns jedenfalls die Regierung unterrichtet – zu verschieben. Kollege Hoyer, der in der Bundesregierung lange Verantwortung getragen hat, hat warnend auf die Konsequenzen hingewiesen:

Erstens. Die Parlamente werden im Vorfeld dieser Entscheidungen ausgeschaltet, weil keiner ihrer Vertreter in der letzten Nacht dabei ist.

Zweitens. Es droht die Wiederholung von **Nizza**, wo in der Erschöpfung der Schlussrunde nach langem Feilschen schlechte und zum Teil ungerechte Ergebnisse erzielt wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir verlangen, dass die Kernfragen im Rahmen der Regierungskonferenz so behandelt werden, dass wir, das Parlament, diesen Prozess kritisch begleiten können.

Herr Bundesaußenminister, ich habe eine Bitte: Sie und der Herr Bundeskanzler sollten sich bei den Verhandlungen und Beratungen – in Ihrem Interesse – immer vor Augen führen, dass Sie für die Ratifizierung der europäischen Verfassung im Bundestag eine **Zweidrittelmehrheit**, also auch die Stimmen von CDU und CSU, brauchen. Mit anderen Worten: Ohne unsere Stimmen sind Sie mit diesem Projekt am Ende; in anderen Fragen sind Sie es sowieso. Ich halte es deswegen für – vorsichtig gesagt – töricht, dass die Regierung die Forderungen, die die große Mehrheit der Opposition hier stellt, einfach mit einer gewissen Nichtachtung straft. Ich erinnere an die Vorschläge, die in unserem Antrag aufgeführt sind, Stichworte „Daseinsvorsorge“, „Grundwerteverankerung in der Präambel“, „Bezug auf das christliche Erbe Europas“ und „Verantwortung des Menschen vor Gott“.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Wir werden im Bundestag darüber sprechen müssen, wie wir als **nationales Parlament** die europäische Gesetzgebung in Zukunft begleiten können. Dazu müssen wir uns etwas einfallen lassen: Wir werden uns Art. 23 des Grundgesetzes vornehmen müssen, wir müssen unsere **Beteiligungsrechte** ergänzen – sie sind unzureichend beschrieben – und wir müssen, Frau Präsidentin, darüber nachdenken, wie wir die europäischen Gesetzgebungsprojekte in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages behandeln und begleiten können. Nur wenn das geschieht, ist eine sinnvolle Kontrolle der Politik auf der europäischen Ebene durch den Deutschen Bundestag möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der gestern veröffentlichte Fortschrittsbericht der EU-Kommission über die Beitrittskandidaten zeigt uns, dass hier noch eine Menge Probleme zu schultern sind. Interessant ist auch das, was die Kommission über den Beitrittskandidaten **Türkei** sagt. Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass die Kommission die Feststellung vieler Menschenrechtsorganisationen bestätigt, wonach die

- Verfassungsreformen in der Türkei oftmals nur auf dem Papier stehen. Was nach der Verfassung garantiert wird, wird durch viele Anwendungsvorschriften im Ansatz eingeschränkt. Zentrale Probleme sind die Rolle des Militärs, die weiterhin bedrückende Folterpraxis und die Diskriminierung ethnischer Minderheiten, etwa im Hinblick auf die Verwendung der eigenen Sprache. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund warne ich davor, den Prozess des Beitritts der Türkei zur EU wie einen Automatismus zu behandeln, sodass irgendwann keine Korrektur mehr möglich ist. Das wäre ein schwerer Fehler.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Günter Gloser [SPD]: Es gibt ja keinen Automatismus!)

Hier ist dazu aufgefordert worden, die Bevölkerung zu fragen. Wir müssen auch uns fragen, ob die Europäische Union nach dieser großen Erweiterung um zehn Staaten und damit um 75 Millionen Menschen angesichts unseres heutigen Erkenntnisstands ein Hineinstürzen in die nächste bzw. übernächste Erweiterung verantworten kann. Jeder, der in einem Wahlkreis arbeitet, jeder, der in der Kommunalpolitik Verantwortung trägt, weiß, dass wir in Deutschland zurzeit zunehmende Integrationsprobleme haben, gerade im Hinblick auf einen Teil unserer türkischen Mitbürger.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Wir diskutieren heute die europäische Verfassung!)

Wir wissen, dass die Europäische Union mit einem solchen Beitritt – vorsichtig formuliert – sehr stark herausgefordert würde. Deswegen ist nach dem heutigen Stand der politischen Erkenntnis klar, dass die Europäische Union eine solche Erweiterung nicht verkraften würde. Wir halten daher das Vorgehen der Bundesregierung in Helsinki für falsch, der Türkei den Status eines offiziellen Kandidaten zu verleihen, ohne die Grundfragen nach den Grenzen Europas, nach dem Ziel Europas und nach der Handlungs- und Funktionsfähigkeit einer auf 450 Millionen Bürger erweiterten Gemeinschaft überhaupt zu prüfen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Sie haben 1997 in Luxemburg zugestimmt!)

– Ich will dem Kollegen Gloser auf seinen Zwischenruf antworten. Er hat gefragt, was 1997 war. Verantwortliche Politik ist, dass jeder zu jedem Zeitpunkt prüft, ob Entscheidungen oder Vorüberlegungen auch nach dem heutigen Kenntnisstand immer noch richtig sind. Wenn ich beschlossen habe, vom Dreimeterbrett zu springen, kann ich doch nicht sagen, wenn ich oben angekommen feststelle, dass kein Wasser drin ist, dass ich trotzdem springe, weil ich es einfach beschlossen habe, lieber Kollege Gloser.

Ich komme zum Schluss.

(Franz Müntefering [SPD]: Das ist auch besser so!)

Das Jahr 2004 wird als ein europäisches Jahr in die Geschichte eingehen: Verfassung, Erweiterung und, nachdem es ja schon seit einem Vierteljahrhundert Direkt-

Peter Hintze

- (A) wahlen zum Europäischen Parlament gibt, Direktwahl von nunmehr 450 Millionen Bürger in 25 Staaten. Wir sind uns der historischen Herausforderung bewusst und werden als Deutscher Bundestag unseren Beitrag dazu leisten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Nur eingeschränkt!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Zu einer Kurzintervention erhält der Herr Kollege Westerwelle das Wort.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Frau Präsidentin! Herr Kollege Hintze, Sie haben am Anfang Ihrer Rede zu dem Antrag der Freien Demokraten gesagt, wenn man ihm zustimmte, würde eine **Bühne für Sektierer und Randalierer** geschaffen. Ich bin jetzt voller Sorge, denn einer muss ja den bayerischen Ministerpräsidenten verteidigen. Der hat nämlich gesagt – wörtliches Zitat –: Ich bin dafür, unser Grundgesetz so zu ändern, dass man über die europäische Verfassung per Referendum abstimmen kann. – Genau das beantragt heute die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Von wann ist das Zitat?)

Einen weiteren Sektierer und Randalierer möchte ich hier noch benennen, das ist der Herr Kollege Glos.

- (B) (Günter Gloser [SPD]: Das wissen wir doch schon! – Heiterkeit bei der SPD)

– Ich habe das nicht gesagt. – Der Sektierer und Randalierer Glos sagt also, eine europaweite Volksabstimmung über die Zukunft des Projekts Europa könne in der Tat das europäische Bewusstsein stärken und zur erforderlichen Klarheit über den weiteren Weg des Projekts Europa über die künftigen Außengrenzen der EU beitragen.

Wir können jetzt übrigens eine Reihe von weiteren Sektierern und Randalierern aus den Reihen der geschätzten Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU hier zitieren. Herr Singhammer, ein weiterer Sektierer und Randalierer, sagt: Ich kann mir nicht vorstellen, dass beispielsweise über eine europäische Verfassung in Frankreich, Dänemark oder anderen europäischen Nachbarstaaten mit Volksentscheid abgestimmt wird und in Deutschland diese Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben.

Das kann man noch weiter fortführen: Noch im Sommer dieses Jahres, Herr Kollege Hintze, plädierte Edmund Stoiber als Wahlkämpfer in einem langen und bemerkenswerten Interview in der „Welt“ vom 9. Juli zu Recht für ein Plebiszit über die europäische Verfassung. Ich glaube, es täte uns allen gut, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn das, was der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident im Sommer dieses Jahres gesagt hat, nämlich dass das Volk über die Verfassung entscheiden soll, auch noch nach den bayerischen Landtagswahlen beachtet würde.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege Hintze, bitte.

(C)

Peter Hintze (CDU/CSU):

Herr Kollege Westerwelle, es hat mich stark beeindruckt, was Sie hier vom bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, von unserem Landesgruppenvorsitzenden Glos und von anderen von mir hoch geschätzten und klugen Kolleginnen und Kollegen zitiert haben.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Einer muss es ja tun!)

Wenn Sie mir heute zusagen, in allen zentralen politischen Fragen immer der Linie von Herrn Stoiber und Herrn Glos zu folgen, wäre ich bereit, Ihre Einwendungen noch einmal stärker zu bedenken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Herr Bundesminister Joschka Fischer.

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur einen Satz zum Thema **Volksabstimmung** sagen. Dieses Thema nehme ich sehr ernst. Ich will es mir deshalb nicht so einfach machen, zu sagen, dass das Thema von der FDP während ihrer 29-jährigen Regierungsbeteiligung niedriger gehängt wurde als heute.

Wir haben folgendes große Problem: Wenn ernsthaft über Europa abgestimmt werden soll, dann müsste die Entscheidungsalternative auch auf Europa zugespielt sein. Das heißt: Solange die Alternative nicht lautet „Ja zum europäischen Fortschritt oder Verlassen der Union und damit ein grundsätzliches Nein zum europäischen Projekt“, werden Sie aus der populistischen Falle und damit aus einer Beschädigung des europäischen Projektes nur sehr schwer herauskommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei dieser Alternative „Ja zur Verfassung oder Austritt aus der Union“ würden wir einen ganz anderen Wahlkampf im Rahmen eines solchen Referendums führen und ganz andere Mehrheiten bekommen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Man kann den Populisten auch entgegenreten!)

Ich würde das sehr unterstützen. Aber wir sollten die Erfahrungen, die die Iren mit zwei Referenden gemacht haben – Ihr liberaler Parteifreund, der von uns allen sehr geschätzte Präsident des Europäischen Parlaments Cox, hat sie uns mitgeteilt –, ernst nehmen.

Wenn man eine ernsthafte Debatte über Europa will, dann muss man diese Zuspitzung zur Diskussionsgrundlage machen. Mit dieser Zuspitzung bekommen Sie eine echte Mobilisierung und damit eine repräsentative Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft Europas. Solange das nicht der Fall ist, bekommen Sie

(D)

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) Zufallsmehrheiten mit all den Fährnissen, die damit zusammenhängen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß nicht, ob das gewollt ist. Ich möchte der Debatte nicht vorgreifen. Aber man sollte diesen Punkt bedenken.

Wir dürfen nicht vergessen, dass es zwei wesentliche Gründe für die jetzige **Regierungskonferenz über die europäische Verfassung** gibt. Der erste Grund ist ein historischer. Es begann 1989 mit dem Fall der Mauer, dem Abbau von Stacheldraht, dem Untergang des Warschauer Paktes und dem Verschwinden der Sowjetunion. Es geht schlicht und einfach darum, dass dieses Europa als ganzes Europa zusammenfindet.

Der 1. Mai des kommenden Jahres wird ein historisches Datum sein. Dann steht nämlich die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten an. Die meisten von ihnen lagen ehemals hinter dem Eisernen Vorhang, hinter Mauer und Stacheldraht. Dieses Ereignis halte ich für überaus wichtig. Dieses Datum verdient wahrhaftig die Bezeichnung „historisch“.

Die Union aus **25 Mitgliedstaaten** wird komplizierter und es werden große Anstrengungen hinsichtlich der Reform der Institutionen und Verfahrensweisen erforderlich sein. Wir versuchen, dass diese Union aus 25 Mitgliedstaaten nicht zu einer Union mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit, sondern zu einem starken europäischen Akteur wird. Wir brauchen dafür die notwendige Sensibilität, aber auch die Reform der Institutionen und der Verfahrensweisen.

- (B)

Der zweite Grund für die jetzt anstehende Regierungskonferenz ist, dass **Nizza** genau dieses nicht geleistet hat. Ich komme nun auf Ihre Bemerkung zu sprechen, Kollege Hintze, das Problem der letzten Nacht. Das ist in Nizza nicht der entscheidende Punkt gewesen. Man hätte auch lange vorher diskutieren können. Das große Problem war, dass gegen den Widerstand eines wichtigen Mitgliedstaates der Europäischen Union die doppelte Mehrheit nicht hinzubekommen war.

Ich unterschreibe das, was Sie hinsichtlich der Bedeutung der **doppelten Mehrheit** sagen. Ich appelliere nochmals an alle, zu begreifen, dass die Union in ihrem doppelten Charakter, nämlich Staatenunion und Bürgerunion, sich in dem Prinzip der doppelten Mehrheit widerspiegelt. Man kann darüber diskutieren, ob eine Mehrheit von 50 Prozent der Staaten plus einem ausreichend ist. Ich halte diese Grenze für richtig; daran gibt es auch keine Kritik. Man kann auch darüber diskutieren, ob eine Mehrheit von 60 Prozent der Bevölkerung ausreichend ist. Das sind meines Erachtens Diskussionen, die man sehr pragmatisch führen kann.

Ich unterstreiche nochmals: Festhalten am Prinzip von Nizza bedeutet erstens Festhalten an Intransparenz. Selbst eine Habilitation auf dem Gebiet des Völkerrechts und drei Aufbaulehrgänge in Europarecht reichen nicht aus, die Mehrheitsregel von Nizza so zu kommunizieren, dass die Menschen sie verstehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(C)

Mehrheitsregeln müssen aber verstanden werden. Das ist ein wesentlicher Punkt in der Demokratie; das ist die Voraussetzung für Transparenz.

Zweitens. In der Entscheidung von Nizza ist ein sehr komplexer Faktor hinsichtlich der Mehrheit der Bevölkerung enthalten.

Es liegt demgegenüber ein Konventsentwurf vor, den ich unter allen Gesichtspunkten für fair und ausbalanciert halte. Ich sage das nicht als deutscher Außenminister, sondern als überzeugter Europäer: Das Prinzip der doppelten Mehrheit ist kein Vorteil für die Großen, im Gegenteil. Dass jeder Staat eine Stimme hat, hat zur Konsequenz, dass in einer Union aus 19 kleineren und sechs großen Mitgliedstaaten die kleinen Länder die Mehrheit haben. Wenn bei der doppelten Mehrheit auch die Größe der Bevölkerung mitgewichtet wird, führt das zu einer Stärkung der Staaten mit einer großen Bevölkerung. Daran erkennt man auch das integrative Element der doppelten Mehrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das ist für mich sehr wichtig, auch in Bezug auf die Kohärenz. Der Hauptwiderspruch im Konvent besteht nicht zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten, sondern er besteht zwischen den Interessen der großen und der kleinen Staaten. Das ist übrigens nicht nur in unserer Union der Fall, sondern das war bereits 200 Jahre früher bei der Ausarbeitung der amerikanischen Verfassung so.

(D)

Zu den anderen Punkten in aller Kürze. Zum **Legislativrat**: Ich übermittle Ihnen lediglich als Bote, dass nur Deutschland, ein wenig unterstützt von Portugal, sich dafür ausgesprochen hat. Vertreter des Europäischen Parlaments waren im Raum und machten nicht den Eindruck, als laute die Parole: Legislativrat oder Tod – um das etwas zugespitzt zu sagen. Das ist die Lage. Die Präsidentschaft wird in den kommenden Tagen oder Wochen entsprechend der Fortschritte der Diskussion einen weiteren Vorschlag machen. Wie die Umsetzung aussieht, werden wir sehen. Es gilt der Grundsatz: Nichts ist beschlossen, bevor nicht alles beschlossen ist. Das ist ein guter europäischer Verhandlungsgrundsatz.

Beim Thema **Gottesbezug** verstehe ich die Kontroversen überhaupt nicht. Sowohl ich als auch der Bundeskanzler haben nach Gesprächen mit denjenigen, die meinten, sich für eine weiter gehende Formulierung einsetzen zu müssen, alles Mögliche versucht. Wir haben immer gesagt, dass wir mit der Formulierung im Grundgesetz hervorragend leben können; sie ist Verfassungspraxis für die unterschiedlichsten Orientierungen bei uns. Wir müssen aber akzeptieren, dass es Staaten selbst mit einer starken christlichen Tradition gibt, in deren Verfassungen die Trennung von Staat und Religion anders festgeschrieben ist als bei uns. Solche Unterschiede sind Bestandteil der europäischen Realität. Ich sehe da aber keinen Dissens in der Substanz. Wir werden alles versuchen, um eine Einigung herbeizuführen. Im ur-

Bundesminister Joseph Fischer

(A) sprüngen Konzept standen die griechisch-römische Tradition und der Humanismus und die Aufklärung. Dazwischen klappte eine große Lücke. Sie ist inzwischen geschlossen worden. Es war sehr mühselig, das zu erreichen. Und selbst jetzt gibt es noch Widerstand gegen die gewählte Formulierung.

Ich will dem Parlament und der Öffentlichkeit nur deutlich machen, vor welchen Problemen wir stehen. Am Ende müssen wir einen **Konsens** erzielen. Der Bundeskanzler weist völlig zu Recht immer darauf hin – das ist keine Drohung, sondern zeigt, wessen es bedarf –, dass sich am Ende alle einigen müssen und das Vertragswerk ratifiziert werden muss. Diese beiden Hürden müssen genommen werden. Das ist die Voraussetzung für die Verfassung.

Es ist im Übrigen ja nicht so, dass die Bundesregierung alleine darauf hinwirken würde. Wir arbeiten auf Engste und ganz hervorragend – das wissen Sie; Kollege Teufel war ja dabei – mit den **Ländervertretern** zusammen. Dabei finden die Positionen, die die von Ihrer Partei geführten Länder einbringen, Berücksichtigung. Auch bei der Daseinsvorsorge bemühen wir uns um die entsprechende Klarstellung, damit bestehende Sorgen, vor allen Dingen der Bundesländer, ausgeräumt werden.

Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass ein sehr wichtiger Partner von uns das anders sieht – gar nicht einmal in der Substanz. Seine Sorge ist, dass, wenn nicht alles genau festgehalten wird, etwas eintritt, was auch wir nicht wollen. Das ist das Problem. Aber Ihre Parteivorsitzende hat Ihnen in diesem Zusammenhang ja schon eigene Erfahrungen übermittelt. Ich nehme an, auch in einem Gespräch jenseits des Rheins haben Sie selbst und andere Mitglieder des Ausschusses sich einen entsprechenden Eindruck verschaffen können.

(B) Die entscheidenden Punkte sind die Stärkung des **Europäischen Parlaments**, die Schaffung des Amtes eines **europäischen Außenministers**, die Neudefinition der **qualifizierten Mehrheit** – für uns ein zentraler Punkt – und eine bessere **Subsidiaritätskontrolle**.

Natürlich wird es noch Anpassungen und einen Feinschliff geben müssen. Ich halte aber nichts davon, das Paket jetzt wieder aufzuschnüren. Die wesentlichen Punkte, die für Sie wichtig sind, sind ja enthalten. Ich denke, alles neu zu verhandeln würde sich als Rohrkrepierer erweisen. Ich glaube auch nicht, dass wir auf der Regierungskonferenz eine bessere Verfassung erreichen könnten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Bei den Themen **Einwanderung und Asyl** hat diese Bundesregierung, wie ich meine, vor allen Dingen was den Arbeitsmarkt betrifft, mehr erreicht, als wir gedacht haben. Wir haben hier die notwendige Flexibilität ebenfalls erreicht.

Alles in allem finde ich: Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorne. Der Konvent ist wirklich zu loben. Es ist gelungen, nicht wie in Nizza einen Minimalkonsens, sondern zu 28 ein Ergebnis zu erreichen, von dem ich per-

sönlich glaube, dass wir in den vor uns liegenden zwei Jahrzehnten kein besseres erzielen werden. (C)

Deswegen meine ich – das ist auch die Haltung der Bundesregierung –, dass die Verteidigung des Verfassungsentwurfs im europäischen Interesse liegt. Es würde überhaupt nichts bringen – das haben wir all denen, die das anders sehen, so gesagt, Kollege Hintze –, wenn wir einen wesentlichen Teil des Ergebnisses von Nizza in den Verfassungsentwurf einfügen würden. Dann wäre es besser, bei dem Ergebnis von Nizza zu bleiben, mit der Konsequenz, dass wir große Probleme bekämen. Ich halte nichts davon, den Entwurf zu verschlimmbessern. Ich bin dafür, ihn dort zu verbessern, wo neue Konsense existieren, sowie den notwendigen Feinschliff und Detailkorrekturen vorzunehmen. Aber eine Mischung mit dem Ergebnis von Nizza, etwa die damals beschlossenen Abstimmungsregeln in den jetzt vorliegenden Entwurf einzufügen, würde bedeuten, dass wir den Entwurf aufgeben.

Ich sehe nicht, dass wir einen besseren Entwurf erhalten. Der Konvent hat hier eine historische Leistung vollbracht. Ihn zu verbessern unterstütze ich. Ihn zu verteidigen ist unser gemeinsames Interesse und unsere Aufgabe. Das ist die Linie der Bundesregierung in der Regierungskonferenz. Ich bin optimistisch, dass wir uns am Ende auf einen sehr vernünftigen Konsens einigen werden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. (D)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns ist es wirklich sehr ernst mit unserem Vorschlag, einen Volksentscheid über die europäische Verfassung herbeizuführen. Wir wollen uns damit einer offenen und ehrlichen Debatte stellen mit dem Ziel, die Bürgerinnen und Bürger von dem Mehrwert einer europäischen Verfassung für sie persönlich zu überzeugen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir befinden uns in guter Gesellschaft. Denn schon 1984 hat der italienische Europaabgeordnete Spinelli in seinem vom Europäischen Parlament verabschiedeten Verfassungsentwurf zur Gründung der Europäischen Union die Zustimmung der Bevölkerung in einem Referendum zur Bedingung für die Annahme der Verfassung gemacht. Unser Vorschlag ist also kein Gedanke, der erstmals – vielleicht aus taktischen Überlegungen – vorgebracht wird. Nein, dies ist ein wirklich demokratiepolitisches Anliegen. Es hat uns als diejenigen, die immer sehr vorsichtig und sehr differenziert mit plebiszitären Elementen in unserer Verfassung umgehen, dazu gebracht, einen **Volksentscheid** über diese grundlegende Frage einzufordern.

(Beifall bei der FDP)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- (A) Wir sind in guter Gesellschaft, wenn ich mir die Haltung überzeugter Europäer anschau. Cohn-Bendit hat klar gefordert, gleichzeitig in allen europäischen Mitgliedstaaten ein Referendum über die europäische Verfassung durchzuführen – und dies nicht verbunden mit der Alternative, ob man aus der Europäischen Union ausscheiden wolle, also ohne zu selektieren. Auch er sagt: Wenn wir angesichts dieses Qualitätssprungs die Bürgerinnen und Bürger nicht von dem überzeugen, was jetzt auf sie zukommt, was sie von Europa erwarten können und wie man mit diesem Europa leben kann, dann werden wir sie auch für die Wertegemeinschaft Europa nicht begeistern können.

Darum geht es uns. Wir wollen doch nicht – das würden wir nicht unterstützen – Populisten Vorschub leisten. Wir wollen vielmehr, dass möglichst viele gemeinsam für Europa werben. Heute bestünde die Chance, Sonntagsreden aus den vergangenen Wochen und Monaten überzeugende, glaubwürdige Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Ich bedauere – ich hoffe, wir haben hier bald vollere Ränge –, dass das heute leider nicht der Fall sein wird. Das gilt gerade auch für diejenigen in der SPD und unter den Grünen, die immer überzeugtere Vorkämpfer für plebiszitäre Elemente waren als manch andere in diesem Haus.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Winkler?

(B)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):
Gern.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Bitte.

Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger, Sie haben uns gerade angesprochen. Sind Sie bereit anzuerkennen, dass die FDP in der letzten Wahlperiode, wenn es um Volksentscheide ging, keine geschlossene Auffassung hatte? Im Gegenteil, viele Abgeordnete Ihrer Fraktion – Sie nicht – haben den Gesetzentwurf der Bundesregierung abgelehnt. Damit haben Sie nicht dazu beigetragen, dass die direkte Demokratie, der Sie jetzt das Wort reden, vorangebracht wurde.

Sind Sie weiterhin bereit, mir darin zuzustimmen, dass der Sinn einer Volksabstimmung darin besteht, dass das Volk selbst entscheiden kann, worüber es abstimmen will, und nicht von Ihnen mütterlich vorgelegt bekommen will, über was es befinden und an welchen Entscheidungen es direkt beteiligt werden soll?

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Zunächst einmal ist es Voraussetzung für eine Volksabstimmung, dass etwas vorgelegt wird, worüber abgestimmt werden soll. Anders geht es nicht.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Man kann auch Alternativen vorlegen, aber hierbei handelt es sich um ein klassisches Element eines Volksentscheids.

Ich habe klar gesagt, dass wir angesichts unserer Wertschätzung der repräsentativen Demokratie sehr differenziert und zurückhaltend mit plebiszitären Elementen umgegangen sind. Als es um die generelle Einführung ging, hatten wir zwar eine einstimmige Haltung, aber auch ein unterschiedliches Meinungsbild zur Volksinitiative. Das ehrt uns und zeichnet die ehrliche Debatte und das Ringen um die Antwort auf die Frage aus, ob wir inhaltlich unbegrenzt Volksentscheide und Volksabstimmungen in unser Grundgesetz aufnehmen wollen. Deshalb muss man auch die richtigen Gelegenheiten suchen und nutzen, um schrittweise für dieses Element zu werben. Wir tun das jetzt mit unserem vorgelegten Gesetzentwurf.

(Beifall bei der FDP)

Auch wenn die Abstimmung heute wider Erwarten nicht die Zweidrittelmehrheit für unseren Gesetzentwurf bringen sollte, werden wir nicht aufhören, dafür zu werben. Vielleicht werden – so verstehe ich manche Äußerungen – Anfang nächsten Jahres, wenn der Entwurf ein Beschluss wird, die Verfassung von der Regierungskonferenz beschlossen worden ist, mit einem Mal viele sagen, jetzt trauen wir uns doch, jetzt wollen wir uns diesem Vorhaben anschließen. Dann werden wir die Ersten sein, die mit Sicherheit damit argumentieren. Wir wollen dazu beitragen – dem dient auch die engagierte Debatte heute –, dass es dieses Mehr an Demokratie in Europa gibt.

(D)

Wir sind in Sorge – diese Sorge teilen wir mit vielen in diesem Haus – über die Anzeichen in der Regierungskonferenz, die darauf hindeuten, dass das **Europäische Parlament** nicht so stark sein soll, wie es in diesem Entwurf vorgesehen ist; es sollen eher Abstriche gemacht werden. Die Debatte über den Legislativrat gibt ebenso Anlass zur Besorgnis. Die Finanzminister diskutieren nach dem Motto: Europäische Parlamentarier können nicht mit Geld umgehen, deswegen muss ihnen das Letztentscheidungsrecht genommen werden.

Wir wollen keine Abstriche von dem, was für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Europa erreicht worden ist – es war Gott sei Dank mehr als in Nizza –, machen. Dafür kann man gut werben, und zwar erst recht mit einem Volksentscheid. Ich gehe davon aus, dass diese Essentials gerade auch von den Vertretern der deutschen Regierung in der Regierungskonferenz nicht angetastet werden und letztendlich mit Sicherheit ein Entwurf beschlossen wird – dafür plädieren wir –, der das Parlament stärkt, der nicht renationalisiert und den Ministerrat mit den nationalen Egoisten, die dort vorherrschen, nicht noch weiter stärkt, der aber dazu führen wird, das Vertrauen in die stabile Währung zu festigen.

Deshalb, Herr Minister, ist es ganz einfach – wenn auch nur technisch –, in den nächsten Sitzungen endlich das Protokoll zum Stabilitätspakt an den Verfassungsent-

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- (A) wurf anzuhängen, damit nicht das Misstrauen weiter wächst, man wolle auf kaltem Wege den Stabilitätspakt entsorgen; denn das wäre ein falsches Zeichen für Europa.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt Herr Staatsminister Hans Martin Bury.

Hans Martin Bury, Staatsminister für Europa:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Europa steht vor zwei zentralen Herausforderungen: Wir müssen vor dem Hintergrund der größten Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union einen politischen Aufbruch schaffen, der die Handlungsfähigkeit der EU stärkt und die Akzeptanz der europäischen Institutionen bei den Bürgerinnen und Bürger verbessert. Wir müssen die ökonomische Stagnation in Europa überwinden.

Wir stehen unmittelbar vor der **Wiedervereinigung Europas**. Um nicht weniger geht es mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zum 1. Mai des nächsten Jahres. Es wäre schön, wenn dieses historische Moment in dieser Debatte mitunter etwas spürbarer würde. Ich sage das auch mit Blick auf die Delegation des tschechischen Parlaments, die uns diese Woche besucht.

- (B) Die mittel- und osteuropäischen Staaten bringen ihre ganz eigenen Erfahrungen in das erweiterte Europa ein, auch die Erfahrung, nationale Souveränität erst vor wenigen Jahren wiedererlangt zu haben. Das bedeutet, dass sich viele von ihnen schwerer damit tun, Souveränität auf die europäische Ebene zu übertragen. Wir müssen deutlich machen – auch aus unserer Erfahrung heraus –, dass das Poolen von Souveränität, dass das Bündeln nationaler Souveränitäten ein Mehr an politischen Gestaltungsmöglichkeiten bedeutet und nicht ein Weniger.

Die EU der 25 mit 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts weltweit erwirtschaften, kann ein Global Player sein. Wir kommen gar nicht umhin, unsere gewachsene Verantwortung wahrzunehmen. Wir können dabei, auf ein sich bildendes europäisches Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger über alle nationale Grenzen hinweg aufbauen. Voraussetzung dafür, dass wir diese stärkere Rolle mit Erfolg wahrnehmen, ist aber, dass wir jetzt die überfälligen institutionellen Reformen schaffen,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

dass mit der Erweiterung der EU die Vertiefung, weitere Integrationsfortschritte vonstatten gehen; sonst liefe die EU Gefahr, nicht viel mehr als ein erweiterter Binnenmarkt zu sein.

Dieses Europa, diese Europäische Union ist aber viel mehr als ein Markt: eine Gemeinschaft gemeinsamer Ziele und Werte. Die Verfassung gibt uns die Möglich-

- keit, die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit diesem Europa zu stärken, die demokratische Legitimation ihrer Institutionen zu verbessern, die Transparenz der Entscheidungsprozesse zu erhöhen und damit die Bürgernähe, die Akzeptanz der EU bei den Bürgerinnen und Bürger zu stärken. (C)

Der **Konvent** zur Zukunft Europas – das ist in der Debatte deutlich geworden – hat mit seinem **Verfassungsentwurf** einen großen Integrationsfortschritt für Europa möglich gemacht. Ich finde – ich sage das auch an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU –, wir können selbstbewusst mit diesem Konventsergebnis umgehen. Einige von Ihnen, der Kollege Teufel, der Kollege Altmaier, der Kollege Brok, haben neben anderen dazu beigetragen, dass der Konvent zu diesem Ergebnis gekommen ist, dass es uns gelungen ist, wichtige Forderungen dort konsensfähig zu machen.

Nun weiß ich auch um die Auseinandersetzungen innerhalb der Union. CSU und CDU haben für diese Debatte einen Wunschzettel präsentiert. Vor Weihnachten darf man Wunschzettel schreiben. Aber wenn alle nur Wunschzettel präsentieren, fällt am Ende die Bescherung aus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Die Summe von nationalen Interessen, die Summe von Partikularinteressen ergibt noch kein Gemeinschaftsinteresse. Es zeigt sich im Verlauf der Beratungen der Regierungskonferenz, wie richtig und wichtig es ist, das Paket zusammenzuhalten, an dem Prinzip festzuhalten, dass derjenige, der den Kompromiss infrage stellt, die Verantwortung dafür trägt, einen neuen Konsens herbeizuführen. Wir müssen der Gefahr begegnen, die Michael Roth beschrieben hat: dass Regierungskonferenzen, wie wir es in der Vergangenheit schmerzhaft erlebt haben, in ihren Verhandlungsprozessen am Ende nicht viel mehr erzielen als den kleinsten gemeinsamen Nenner. Das wäre zu wenig angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, und das wäre weit weniger als der gute Kompromiss, den der Konvent erzielt hat. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun versucht sich die FDP mit der Forderung nach einem **Referendum** in dieser Debatte zu profilieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sozialdemokraten wissen in diesen Tagen, dass es mitunter schwer ist, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Aber noch schwieriger ist es – das sehen wir an der FDP –, wenn man nichts zu sagen hat

(Zurufe von der FDP: Oh!)

und dann auf die Idee kommt, das Volk zu fragen.

Ich habe nichts dagegen, über Elemente direkter Demokratie zu diskutieren. Wir haben im Entwurf der europäischen Verfassung, den der Konvent vorgelegt hat, im Übrigen nicht zuletzt dank des Engagements des Kollegen Jürgen Meyer ein solches Element der Volksinitiative verankert.

Staatsminister Hans Martin Bury

(A) (Widerspruch bei der FDP)

SPD und Grüne haben in diesem Haus mehrfach Initiativen ergriffen, um Elemente direkter Demokratie auch in der deutschen Verfassung zu verankern.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Dann stimmt doch zu!)

Das ist aber an der fehlenden Zweidrittelmehrheit gescheitert, die uns die rechte Seite dieses Hauses verweigert hat.

Wer jetzt speziell bei der Einführung einer europäischen Verfassung ein Referendum fordert, der hat entweder wenig hehre Absichten – das möchte ich Ihnen ausdrücklich nicht unterstellen – oder der erkennt, welche Wirkungen das auf die anderen europäischen Staaten und damit auf die Verhandlungen in der Regierungskonferenz hätte. Wenn wir heute diese Entscheidung treffen würden, würde das nationale und Partikularinteressen stärken, die Spielräume unserer Partner in der Regierungskonferenz enger machen und nicht dazu beitragen, ein gutes europäisches Ergebnis zu erzielen.

Pat Cox, der Präsident des Europäischen Parlaments, der in dieser Woche den Bundestag besucht hat, hat deutlich gemacht, dass die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament die ersten wirklichen europäischen Wahlen sein könnten. Lassen Sie uns deshalb daran arbeiten, die europäische Verfassung rechtzeitig vor diesen Wahlen fertig zu stellen und den Bürgerinnen und Bürgern vorzulegen! Lassen Sie uns mit europapolitischen Inhalten Wahlkampf machen, anstatt mit dem Guidomobil durchs Land zu fahren!

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ernst Burgbacher [FDP]: Herr Bury, ein gewisses Niveau dürfte sein! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Eine ganz starke Argumentation! Sie machen uns fertig!)

– Herr Westerwelle, dass Sie nicht gerne daran erinnert werden wollen, kann ich verstehen. – Ich würde mich darauf freuen, wenn wir im Europawahlkampf argumentative Auseinandersetzungen miteinander führen könnten.

Ein weiterer Aspekt betrifft den dringend notwendigen ökonomischen Aufbruch. Deutschland als die größte Volkswirtschaft in der Europäischen Union trägt dabei eine besondere Verantwortung. 1 Prozent mehr **Wirtschaftswachstum** in Deutschland bedeutet angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen 0,3 und 1,8 Prozent mehr Wachstum in den anderen europäischen Mitgliedstaaten. Wir brauchen deshalb einen Dreiklang von strukturellen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen, wie wir sie mit der Agenda 2010 auf den Weg gebracht haben. Wir müssen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mittelfristig fortsetzen. Dabei gilt es allerdings, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu beachten.

(Beifall bei der SPD)

Denn wer nur das eine Ziel im Auge hat, der wird beide Ziele verfehlen. (C)

Nur wenn es uns gelingt, wieder Wachstum zu initiieren, werden wir an die erfolgreiche Konsolidierung zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode anknüpfen können.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen wir die erforderlichen Wachstumsimpulse geben. Hierzu zählt zum Beispiel die Steuersenkung, die Sie, meine Damen und Herren von CDU/CSU und FDP, den Bürgerinnen und Bürgern und dem Mittelstand in Deutschland nicht länger verweigern sollten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Erst nehmen Sie den Kommunen das Geld weg und dann fordern Sie, es ihnen zurückzugeben! Das ist eine Logik!)

Wir brauchen darüber hinaus eine europäische Wachstumsinitiative, für die wir gemeinsam mit unseren französischen Freunden Vorschläge gemacht haben. Diese zielen darauf ab, insbesondere in die Bereiche Bildung sowie Forschung und Entwicklung, also in Köpfe und Können zu investieren und weniger in Beton und Boden, um die strukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessert, die Wachstumskräfte gestärkt werden und mehr Beschäftigung in Europa entsteht.

Lassen Sie uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam daran arbeiten! Lassen Sie uns unsere europäische Verantwortung wahrnehmen! Lassen Sie uns für ein starkes Deutschland in einem einigen Europa aber auch die notwendigen Entscheidungen auf nationaler Ebene treffen und durchsetzen! (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Norbert Röttgen.

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu der Frage sprechen – das ist eine Verfassungsfrage –, ob wir das Grundgesetz ändern und die Möglichkeit, **Volksentscheide** durchzuführen, in das Grundgesetz aufnehmen sollen. Diese Frage ist keine Einzelfrage, sondern eine Grundsatzfrage.

Aus diesem Grund kann man Ihre Position nicht aufrechterhalten. Sie sagen, im Allgemeinen seien Sie nicht für Volksentscheide bzw. Sie hätten zumindest keine geschlossene Position in dieser Frage, aber an dieser Stelle beliebe es der Politik, großzügig zu sein, und Sie wollten die Bevölkerung fragen. So kann man es nicht machen.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

Dr. Norbert Röttgen

- (A) Man befürwortet Volksabstimmungen doch nicht, um den Instrumentenkasten der Parteien um ein weiteres Element zu bereichern. Das sind doch Instrumente in den Händen der Bürger und nicht in denen der Parteien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich freue mich über Ihre Zustimmung. Daraus folgt aber auch ein Widerspruch aufseiten der Koalition.

Erstens. Anders, als es der Bundesaußenminister eben gesagt hat, können die Parteien nicht sagen, dass ihnen die Frage, die gestellt wird, zu dumm ist. Die Autonomie der Fragestellung wird dann bei den Bürgern liegen. Auch das ist eine Folge, wenn das Instrument in den Händen der Bürger liegt.

Zweitens. So wenig man im Allgemeinen dagegen und in einem Einzelfall dafür sein kann, ist es intellektuell und politisch doch redlich, zu sagen, dass man zwar im Allgemeinen dafür ist, es einem aber an einer bestimmten Stelle nicht passt.

(Beifall des Abg. Markus Löning [FDP])

Herr Kollege Hintze hat völlig Recht: Die einzige in der Sache konsequente, weil von Parteitaktik freie Position in dieser Frage hat die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

– Genauso ist es. – Ich bedauere daher Ihre Position.

- (B) Ich gebe Herrn Bundesaußenminister Fischer Recht, der sagt, dass es sich um eine sehr ernste Debatte handelt. Es geht nämlich um unsere Demokratie und um die Frage – über diese wird möglicherweise gerne gestritten –, was die bessere Demokratie ist. Die parteitaktische Motivation sowohl an dieser als auch an anderer Stelle belastet die Debatte über diese Fragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist keine Parteitaktik, sondern unsere Überzeugung.)

– Ja, das ist wirklich keine parteitaktische Position; denn populär ist die andere Position. Unsere Position ist verantwortlich. Wir vertreten sie unter Inkaufnahme parteipolitischer Nachteile. Das ist die Position der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bedauere darum ausdrücklich, gegenüber der FDP feststellen zu müssen, dass der „Spiegel“ Recht hat. Er schreibt in dieser Woche, der FDP und ihrem Vorsitzenden Westerwelle gehe es darum, sich populär zu machen. Nach meiner Einschätzung kann man es auch anders formulieren: Die FDP will in Wahrheit gar keine Volksabstimmung, sondern ein Wahlkampfthema. Meine Wertschätzung für viele Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion ist groß. Sie wären jedoch geradezu erschrocken, wenn Ihr Gesetzentwurf eine Mehrheit in diesem Bundestag finden würde; denn Sie wollen im Ergebnis gar keine Zustimmung, Sie wollen, dass die anderen da-

gegen sind, um werben zu können. Das ist Ihre wahre Position. Das können wir nicht unterstützen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte zur Grundsatzfrage kommen und an Sie appellieren und zumindest für Ihre Einsicht werben: Wir alle – als Parteien und als Parlament – werden am Ende Gewinner sein, wenn wir über die Grundsatzfrage, was die bessere Demokratie ist – die parlamentarisch-repräsentative oder die parlamentarisch-repräsentative mit plebiszitären Elementen –, vernünftig debattieren und sie schließlich, egal wie, beantworten. Dagegen werden wir alle Verlierer sein, wenn wir selbst über die Grundsatzfragen der Demokratie und unserer Verfassung immer mit parteitaktischer Motivation debattieren.

Was ist also unsere Position bei der Frage, was die bessere Demokratie ist? Ich sage in jeder Debatte und wiederhole es gerne, dass es Richard von Weizsäcker mit seiner Bewertung auf den Punkt gebracht hat: „Die Bevölkerung ist zu groß und die Probleme sind zu komplex.“ Das ist in einem Satz zusammengefasst die Bewertung, dass die plebiszitäre Demokratie nicht nur nicht realistisch, sondern auch nicht die bessere Demokratie ist. Die **parlamentarische Demokratie** ist die bessere und überlegenere Form der Demokratie. Dafür möchte ich drei Argumente vortragen.

Erstens. Die plebiszitäre Demokratie reduziert die Fragestellung und die Politik auf eine Ja-Nein-Alternative. Das parlamentarische Verfahren ist ein lernendes Verfahren. Wir führen mehrere Lesungen durch. (D)

(Ute Kumpf [SPD]: Bei Ihnen nicht!)

– Ich gebe zu, dass die Lernbereitschaft der jetzigen Koalition nicht sehr ausgeprägt ist. –

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie müssen einräumen, dass das Gesetzgebungsverfahren diesen institutionellen Vorteil hat. Sie hätten mehr Möglichkeiten, zu lernen; ich gebe es gerne zu. Daneben führen wir Sachverständigenanhörungen durch.

(Günter Gloser [SPD]: Sie haben 16 Jahre lang nicht einmal die Grundlagen erreicht!)

– Zum Verfahren gehört auch, zuhören zu können. – Das Verfahren ist auf Rationalität angelegt. Wir sind in der Lage, zu korrigieren. Die wenigsten Gesetze kommen im Bundestag am Ende so heraus, wie sie eingebracht worden sind. Das parlamentarische Verfahren ist also ein lernendes Verfahren.

Pat Cox, der schon viel zitierte liberale Präsident des Europäischen Parlaments, war in allen Fraktionen und hat seine Ablehnung eines Volksentscheids nicht mit der Verfassungstheorie, sondern mit seinen Erfahrungen begründet. Er hat gesagt, die Erfahrung zeigt, dass es bei diesen Abstimmungen um alles geht, nur nicht um die Frage, die gestellt worden ist. Darauf hat der Kollege Hintze ebenfalls hingewiesen. Es würde über die aktuelle Verdrussstimmung im Land gegen diese Regierung

Dr. Norbert Röttgen

- (A) debattiert werden, es würde die Politikverdrossenheit zum Ausdruck kommen. Das können auch Sie nicht wollen. Ich stelle wirklich die Frage: Was sagt Hans-Dietrich Genscher dazu, dass Sie die Europapolitik, die europäische Verfassung, die europäische Integration zur Geisel parteipolitischer Überlegungen machen?

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Denn die Suppe von schlechter Regierungspolitik könnte Auswirkungen auf die europäische Integration haben. Das wollen wir nicht, weil wir für Europa sind.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hoyer?

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Sehr gerne.

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Die Zwischenfrage kann ich natürlich auch gleich mit der Antwort verbinden.

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Ich würde das bevorzugen.

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Hans-Dietrich Genscher würde es niemals zulassen, diesen Vorwurf der parteipolitischen Instrumentalisierung unkommentiert zu lassen, weil er ihn für abwegig halten würde und weil er sehr genau zu differenzieren weiß zwischen einer Legitimation durch das Volk für die konstitutionelle Grundlegung all dessen, was wir anschließend in der repräsentativen Demokratie in Parlamenten entscheiden, und einer Vorstellung, nach der wir alles und jedes nach dem Belieben der Parteien, wie Sie gesagt haben, dem Volksentscheid unterwerfen.

- (B) Gemeldet habe ich mich aber wegen des Bezuges auf Pat Cox. Er hat seine Erfahrungen in der Tat sehr wortreich dargestellt. Aber ist Ihnen möglicherweise auch aufgefallen, dass Herr Cox gesagt hat: Das erste Referendum in Irland ist in 42 von 44 Counties schief gegangen, weil die politische Klasse es für selbstverständlich gehalten hat, dass das Volk wieder einmal Ja sagt! Als man dann die Quittung für diese Untätigkeit bekommen und sich beim zweiten Mal richtig reingehängt hat – wie wir das auch endlich tun müssten –, ist eine klare Mehrheit auch für die Verfassung zustande gekommen, wiederum in 42 von 44 Counties.

(Beifall bei der FDP – Günter Gloser [SPD]: Fragezeichen!)

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Ich hoffe, dass Pat Cox auch in Ihrer Fraktion über das Plakat berichtet hat, das er gesehen und als Beispiel dafür verwendet hat, wie Stimmung gemacht worden ist zu einem ganz anderen, in der Bevölkerung virulenten, heiß diskutierten Thema, das aber überhaupt nichts mit der Abstimmung über Europa zu tun hatte, sondern geradezu ein erschütterndes Beispiel für die Erfahrung war,

dass eine solche Volksabstimmung eben nicht genutzt wird, um eine Sachfrage rational, vernünftig abzuwägen und darüber zu diskutieren. Die Frage, wie ist das institutionelle Verhältnis zwischen Kommission, Parlament und Rat, war es nicht, was die Bevölkerung zur Ekstase getrieben hat, sondern es wurden ganz andere Themen bei dieser Volksabstimmung instrumentalisiert. Das hat er uns berichtet und diese Erfahrung ist ein Grund dafür, warum wir gegen eine solche Volksabstimmung sind und warum die europäische Integration der Leidtragende politischer Fehler der aktuellen Regierung wäre.

- (C) dass eine solche Volksabstimmung eben nicht genutzt wird, um eine Sachfrage rational, vernünftig abzuwägen und darüber zu diskutieren. Die Frage, wie ist das institutionelle Verhältnis zwischen Kommission, Parlament und Rat, war es nicht, was die Bevölkerung zur Ekstase getrieben hat, sondern es wurden ganz andere Themen bei dieser Volksabstimmung instrumentalisiert. Das hat er uns berichtet und diese Erfahrung ist ein Grund dafür, warum wir gegen eine solche Volksabstimmung sind und warum die europäische Integration der Leidtragende politischer Fehler der aktuellen Regierung wäre.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage?

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Sehr gern.

(Günter Gloser [SPD]: Aber jetzt mal fragen!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das ist dann aber die letzte.

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Ich mache es wirklich kurz. Ist es dann nicht gerade die Chance der verantwortlichen Parlamentarier und Politiker, den Populisten offen und entschlossen entgegenzutreten und gegen solche Werbung anzutreten, statt schlicht diesen populistischen Sturm über die Parlamentarier und die Politik hinwegfegen zu lassen?

(Beifall bei der FDP)

(D)

Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU):

Da wir uns ein bisschen kennen, hoffe ich, dass Sie mir abnehmen, wenn ich sage: Es ist genau die ethische Herausforderung der Politik, dass wir dies tun, gerade auch in schwierigen Zeiten; übrigens nicht nur an dieser Stelle. Das ist unsere Aufgabe als Parlamentarier, als Parlament insgesamt. Vielleicht werden wir ihr insgesamt nicht gerecht. Das mag auch ein Grund dafür sein, dass die Themen, über die wir tagaus, tagein reden, alle älter als zehn Jahre sind. Vielleicht gehört diese mangelnde Bereitschaft auch zum Versagen aktueller Politik.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als Parlament diese Mängel nicht durch plebiszitäre Instrumente gutmachen können. Vielmehr müssen wir als Parlament besser werden und unsere Aufgabe ernster nehmen, Populismus entgegenzutreten, statt geradezu Einladungen für Populisten auszusprechen. Das ist Ihr Vorschlag im Ergebnis, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es wäre eine Einladung für die Populisten und nicht ein Eintreten gegen Populismus.

Zweitens. Ich will noch kurz die Grundsatzbedenken auflisten, warum wir gegen **plebiszitäre Elemente** sind.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Sie wissen, dass Sie sich ganz kurz fassen müssen.

(A) **Dr. Norbert Röttgen** (CDU/CSU):

Ich habe noch 30 Sekunden Redezeit. Besten Dank für den präventiven Hinweis! Ich werde mich kurz fassen. – Ein Plebiszit ist kein Instrument des kleinen Mannes. Der hat nämlich nicht die Möglichkeiten – damit wird ja geworben –, so etwas durchzuführen. Es ist vielmehr das Verhinderungsinstrument großer finanzstarker Organisationen. Plebiszite sind in aller Regel keine Gestaltungsinstrumente, sondern **Verhinderungsinstrumente**.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch!)

Außerdem bedeutet plebiszitäre Demokratie im Grunde **Minderheitendemokratie**. Es ist ein Quorum von 25 Prozent vorgesehen. Bei der Bundestagswahl kann sich das Parlament auf eine Legitimation von 80 Prozent stützen.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei der Bundestagswahl gibt es überhaupt kein Quorum!)

Ein Plebiszit ist der typische Fall einer Minderheitenbeteiligung. Diese haben Sie sogar rechtlich durch ein Quorum von nur 25 Prozent aufgegriffen. Das ist eine geringere Form von Legitimation, als wir sie in der Breite der parlamentarischen Legitimation bei den Bundestagswahlen von 80 Prozent haben.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber doch nicht als Quorum!)

(B) Mein Schlusssatz – damit bin ich am Ende meiner Rede – ist: Wir als CDU/CSU stehen zur **parlamentarischen Demokratie** als der bewährten und überlegenen Form der Demokratie. Unsere Bitte an alle anderen Fraktionen ist, dieses Thema in Zukunft seriös und sachlich zu debattieren und es nicht parteipolitisch zu instrumentalisieren. Damit täten wir uns allen einen großen Gefallen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das sagen Sie jetzt Herrn Stoiber!)

– Das sage ich auch Herrn Stoiber.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Rainer Steenblock.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Dr. Röttgen sehr dankbar dafür, dass er hier eine sehr klare Analyse des Problems der **direkten Demokratie** vorgenommen hat, der ich in weiten Teilen zustimme. Wir ziehen daraus jedoch völlig unterschiedliche Konsequenzen; denn ich komme zu völlig anderen Ergebnissen.

Ein Ergebnis steht aber schon heute fest: Der Antrag, den die FDP vorgelegt hat, hat nichts mit dem Bemühen

um Einführung von direkter Demokratie in Deutschland (C) zu tun, sondern dies ist ein Showantrag, mit dem auf unernste Weise Wahlkampf gemacht werden soll. Mit diesem Thema darf man jedoch nicht nachlässig umgehen. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund Ihrer Vergangenheit in dieser Frage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Einen solchen Umgang werden wir nicht mitmachen. Das Thema direkte Demokratie ist für uns viel zu ernsthaft, als dass wir es in dieser Debatte von Ihnen zerreden lassen würden. Zwischen dem Kollegen Hintze und mir besteht ein großer Dissens. Er hat sich zum Teil darüber lustig gemacht, dass mit direkter Demokratie eine Plattform für Sektierer und Randalierer geschaffen wird. Wer so mit den Rechten der Menschen in diesem Lande umgeht, die wir in unseren Sonntagsreden so häufig als **mündige Bürger** darstellen,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wieder eine Sonntagsrede!)

der sollte darauf vertrauen, dass die Bürger in der Lage sind, sich zu solchen Sachverhalten in Abstimmungen zu äußern. Das verstehen wir unter direkter Demokratie.

Auch wir wollen den Menschen dieses Recht geben.

(Zuruf von der FDP: Dann stimmen Sie doch zu!)

Wir wollen die repräsentative Demokratie dadurch nicht ablösen, aber wir wollen diese Instrumente der direkten Mitwirkung von Menschen in diesem Land stärken. Ich glaube, dass wir der Demokratie und der Akzeptanz auch dieses Parlamentes einen großen Gefallen tun, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes dahin gehend vertrauen, dass sie rationalen Argumenten zugänglich sind. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, man muss sich einmal den politischen und strategischen Hintergrund ansehen, vor dem diese Europadebatte von Ihnen geführt wird. In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 19. Oktober stand – ich zitiere –, dass die FDP gegen den vorliegenden EU-Verfassungsentwurf mobilisieren werde, weil er wirtschafts- und finanzpolitisch zu weit von den Maastricht-Kriterien entfernt sei.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Dieses Zitat ist falsch!)

Diese Aussage ist nicht nur in der Sache falsch. Verknüpft mit einer anderen Aussage aus diesem Artikel wird manches deutlich. Weiterhin heißt es hier, dass die FDP mit dem Thema Korruptionsvorwürfe gegen EU-Politiker in den **Wahlkampf** ziehen wolle. Ich frage mich, welcher Geist bzw. welcher Ungeist eigentlich in die Köpfe der Liberalen eingezogen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Herr Kollege Steenblock, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Westerwelle?

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Kollege, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Zitat, das Sie vorgelesen haben, falsch ist und dass dies nicht die Haltung der Freien Demokraten als Partei oder Fraktion ist? Vielmehr ist unsere Haltung so, wie sie der Kollege Hoyer und Frau Kollegin Schnarrenberger hier wiedergegeben haben.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Kollege Westerwelle, wenn Sie das hier so darstellen, nehme ich das als die Position Ihrer Fraktion mit freudiger Erregung zur Kenntnis.

(Heiterkeit im ganzen Hause – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sieht man Dir an! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ich möchte festhalten: Ich möchte Sie nicht in Erregung versetzen! Damit keine Gerüchte aufkommen!)

– Lieber Kollege Westerwelle, in freudige Erregung dürfen Sie mich gerne versetzen.

- (B) Was in dieser Zeitung dargestellt wurde, war nicht die Meinung der Fraktion, sondern die Meinung der FDP. Wenn Sie das heute korrigieren, dann werden wir diesen Prozess weiterhin sehr genau beobachten. Denn wir haben bei vielen liberalen Parteien in Europa diesen Trend zum **Rechtspopulismus** gesehen. Wir kennen das aus einer Reihe von Wahlkämpfen. Sie haben ja einen nicht besonders inhaltlichen und erfolgreichen hinter sich. Wenn wir die FDP aus ihrer innenpolitischen Bedeutungslosigkeit auf dem Weg zum Rechtspopulismus erleben, dann werden wir massiv dagegenhalten. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Unglaublich!)

All das, was wir heute gehört haben, zeugt davon, dass Sie eine populistische Auseinandersetzung anstreben und keine in der Sache.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Können Sie mir da einen Satz nennen, den ich gesagt habe? Unverschämtheit!)

Auch Herr Kollege Röttgen hat von der Gefahr des Populismus gesprochen.

Ich würde gerne noch einmal zur europäischen Verfassung zurückkommen. Lieber Kollege Hintze, Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir in einem sehr verantwortungsvollen Prozess sind, um die Mehrheit in Europa für einen **Verfassungsentwurf** zusammenzubekommen, der sich am **Konvent** orientiert. Sie wissen sehr genau,

dass die Annahme dieser Verfassung und die Qualität dieser Verfassung auch etwas mit der **Erweiterung Europas** zu tun hat, die wir alle wollen. Deshalb bin ich zu tiefst davon überzeugt, dass alles vermieden werden muss, was diesen Prozess schwächt, was auch nur im Ansatz an Populismus erinnert und was die Auseinandersetzung um Inhalte in diesem Prozess, in dem die Bundesregierung sehr verantwortlich agiert, stört.

Wir haben eine ganze Reihe von Forderungen. Michael Roth hat das am Anfang schon deutlich gemacht. Es ist nicht das Problem, dass auch wir Forderungen stellen könnten. Wir müssen den Laden zusammenhalten, um das einmal ein bisschen lax auszudrücken, wenn wir Erfolg haben wollen. Mit der Neueröffnung dieser Diskussion würde es Ihnen ergehen wie Goethes Zauberlehrling. Wenn Sie das Paket aufschneiden, werden Sie von einer Flut von Änderungsanträgen überspült werden, der Sie sich nicht mehr erwehren können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Warum machen 23 Staaten das anders, Herr Oberlehrer?)

Sie sagen, Sie wollen das nicht, aber Sie werden erreichen, dass wir eine Regierungskonferenz in der Qualität derjenigen von Nizza haben. Darauf werden wir uns nicht einlassen. Wir werden die Detaildebatten nicht führen, und zwar mit dem Argument, dass wir uns das Konventsergebnis, das Ergebnis, das Parlamentarier aus ganz Europa in ihrer Verantwortung erzielt haben und für das wir kämpfen, nicht zerreden lassen. Verantwortung übernehmen heißt an dieser Stelle, den Laden zusammenzuhalten. Dazu wünsche ich mir Ihre Unterstützung und nicht Querschüsse aus Ihren Reihen, um dieses Projekt, das so wichtig für unsere Zukunft ist, nicht zu gefährden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Gunther Krichbaum.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Steenblock, wenn es heute noch eines Beweises bedurft hätte, wie widersprüchlich diese grüne Partei in sich ist, dann musste man nur Ihren Ausführungen zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie nicht richtig zugehört!)

Lassen Sie mich aber ein anderes Thema aufgreifen. Wenn man die Ausführungen der Minister Fischer und Bury heute Morgen hörte, dann könnte man der Meinung sein, dass alles in bester Ordnung ist. Doch das krasse Gegenteil ist der Fall. Insbesondere was die Einhaltung und die Pflege des **Stabilitätspaktes** angeht, bietet die Bundesregierung ein Bild, das verheerend ist.

Gunther Krichbaum

- (A) Vorgestern tagten die EU-Finanzminister und berieten über den Vorschlag der Kommission, gegen Frankreich wegen des hohen Haushaltsdefizites entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Nach dem Regelwerk des Stabilitätspakts wäre dies unumgänglich.

Der eigentliche Testfall für den Stabilitätspakt wurde aber für Finanzminister Eichel zum Sündenfall. Statt sich wenigstens vornehm zurückzuhalten, übernahm er die Anführerschaft, stellte die Prinzipien des Stabilitätspaktes infrage und setzte alles daran, ein Einschreiten gegen Frankreich zu verhindern. Ich hätte mir gewünscht, dass mit demselben Einsatz für die Verankerung des Gottesbezugs in der Verfassung und die Beibehaltung des Legislativrates gekämpft worden wäre. Aber nichts von alledem ist erfolgt; im Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Minister Eichel übersieht, dass dieses Gebaren leicht durchschaubar ist. Am Beispiel Frankreichs soll ein Präzedenzfall geschaffen werden, auf den sich die Bundesregierung nachher berufen kann,

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Weil sie selber auf der Anklagebank sitzt!)

wenn sie selbst Gegenstand des Verfahrens wird.

Die Bundesregierung wird zum dritten Mal in Folge den Stabilitätspakt brechen. Nach einer **Neuverschuldung** von 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr werden es nächstes Jahr 3,9 Prozent und damit abermals deutlich mehr als die gerade noch erlaubten 3 Prozent sein.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dass es mit der Glaubwürdigkeit unseres Finanzministers hierzulande nicht mehr weit her ist, ist das eine. Das andere aber ist, dass dieser Finanzminister auch international die Glaubwürdigkeit Deutschlands massiv beschädigt.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: So ist es!)

Hinsichtlich der Bevölkerungszahlen kleinere Staaten wie Österreich, die Niederlande oder Finnland stehen Deutschland nur noch kopfschüttelnd gegenüber.

Bei all dem Gezerre unseres Finanzministers scheint dieser den tieferen Sinn des Stabilitätspaktes aus den Augen verloren zu haben. Das gilt offenbar auch für den Bundeskanzler, wenn er ohne Unterlass betont, dass es sich um einen Stabilitäts- und Wachstumspakt handle. Verehrter Herr Bury, wie ich aus Ihren Ausführungen folgern durfte,

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das waren doch keine Ausführungen!)

gehen Sie dem gleichermaßen auf den Leim.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Der Euro-Eid wird gebrochen!)

Ich kann dazu nur sagen: Eben! Die anderen Länder Europas haben nämlich ihren Haushalt im Griff. Sie sorgen dadurch für Stabilität *und* Wachstum. Damit ist eben nicht Stabilität *oder* Wachstum gemeint.

(C) Eine traurige rot-grüne Realität ist aber, dass allein in diesem Jahr mit einer Nettoneuverschuldung von 43,4 Milliarden Euro ein Rekord erreicht wird. Bei einer Bevölkerung von 82 Millionen bedeuten diese 43 Milliarden für jeden einzelnen Menschen – vom Säugling bis zum Greis – 522 Euro oder in alter Währung über 1 000 DM. Dieses Geld ziehen Sie den Bürgerinnen und Bürgern aus der Tasche; denn sie sind es, die eines Tages diese Zeche zahlen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Wachstum stellt sich dennoch nicht ein. Heute sind wir sozusagen der kranke Mann in Europa und stehen beim **Wirtschaftswachstum** am Tabellenende.

Deutschland selbst, allen voran der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und der frühere Finanzminister Theo Waigel, hatte alles darangesetzt, den **Euro** zu schützen und stark zu halten. Sie haben damit für diesen Stabilitätspakt gesorgt. Wir selbst haben diese Spielregeln aufgestellt. Für Deutschland ist das Verhalten, das der Bundesfinanzminister an den Tag legt, deswegen peinlich und blamabel.

Besinnen Sie sich endlich auf das, was Wachstum schafft! Das ist eben kein weiterer Anstieg der Verschuldung. Sie spüren gar nicht, wie Sie mit Ihrer Politik dadurch den Motor abwürgen, dass Sie mit Ihren Ausgaben noch im vierten Gang fahren, während unsere Konjunktur nur noch Schrittgeschwindigkeit aufweist. Das macht der beste Motor nicht lange mit.

(Peter Dreßen [SPD]: Sagen Sie das Ihren Landwirtschaftskollegen!)

(D)

Heute werden die neuen Arbeitsmarktzahlen präsentiert: von einer Trendwende keine Spur.

(Peter Dreßen [SPD]: Doch!)

Sorgen Sie endlich für eine konsequente Deregulierung des Arbeitsmarktes! Deutschland benötigt einen europa-tauglichen Kündigungsschutz. So sind beispielsweise die Abfindungszahlungen in unserem Land völlig überzogen.

(Widerspruch bei der SPD)

Verabschieden Sie sich von den Flächentarifverträgen und ermöglichen Sie betriebliche Bündnisse! Sorgen Sie für ein einfaches und transparentes Steuersystem! Wir haben unlängst Vorschläge dazu vorgelegt. Befreien Sie den Mittelstand von unsinnigen bürokratischen Lasten!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Thema!)

– Mir ist klar, dass Sie diese Themen nicht schätzen. – Erst dann werden wir in Deutschland wieder jene Wachstumsraten von 2,5 Prozent, 3 Prozent und mehr generieren, die notwendig sind, um positive Impulse für den **Arbeitsmarkt** zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesem Augenblick wird die Stabilität im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gewährleistet sein.

Gunther Krichbaum

- (A) Das, was Sie hier heute vollführen, wird eines Tages als Bumerang zurückkommen und wir werden am Ende einen hohen Preis zu zahlen haben, nämlich den der Glaubwürdigkeit und der Stabilität unserer Währung. Es wird kein Halten mehr geben, wenn in Zukunft auch andere Länder gegen die **Maastricht-Kriterien** verstoßen. Es wird dann nichts mehr geben, was wir diesen Ländern entgegensetzen können. Halten Sie endlich die Verpflichtungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein! Nur dann kann der Euro auf Dauer stabil bleiben. Schließlich haben wir nur diese Währung. Das Vertrauen der Bürger in ihre Währung ist ohnehin das Kostbarste, was es hier zu verspielen gibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der EU-Konvent hat eine Verfassung entworfen. Damit wird Neuland beschritten. Die PDS im Bundestag war und ist grundsätzlich dafür. Immerhin geht es um das Zusammenleben von Millionen Menschen in über 25 Staaten im 21. Jahrhundert. Dafür ist der vorliegende Entwurf eine gute Grundlage, allerdings aus unserer Sicht keine ausreichende. In manchen Teilen ist er widersprüchlich, in anderen sogar widersinnig bis gefährlich.

- (B) Ich beginne mit der ersten guten Nachricht. Die Union wird insgesamt demokratischer. Die Gewaltenteilung kommt voran. Das EU-Parlament erhält mehr Rechte. Bürgerbegehren sollen eingeführt werden. Dafür hat sich die PDS auch im Europaparlament immer engagiert und das wird auch so bleiben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Damit bin ich schon beim ersten Widerspruch. Man kann nicht eine **Demokratisierung der EU** feiern und zugleich daheim mehr Demokratie verweigern. Die PDS fordert seit langem eine **Volksabstimmung** über die künftige EU-Verfassung. Doch hier im Bundestag gibt es eine merkwürdige Koalition dagegen: der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister, wie wir heute vernehmen durften, und die CDU/CSU. Alle anderen – SPD, Grüne, FDP, PDS und der Präsident des Bundestages, Herr Thierse, wie wir am vergangenen Wochenende wieder lesen durften – stehen aber im Wort. Deshalb wiederhole ich: Die Volksabstimmung über die EU-Verfassung ist ein akuter Anlass, aber auch eine Nagelprobe für die deutsche Demokratie.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Nun zur zweiten guten Botschaft: Die Union soll sozialer werden. Das ist Teil I des Verfassungsentwurfs zu entnehmen. Dort finden sich Wörter wie „soziale Marktwirtschaft“ und Ziele wie „Vollbeschäftigung“. Nun aber

gleich zum zweiten Widerspruch: In Teil III steht das genaue Gegenteil. Dort ist von einer „offenen Marktwirtschaft“ und einer bestenfalls „hohen Beschäftigung“ die Rede. Kurzum: Die Wirtschafts- und Finanzunion schreitet voran, die **Sozialunion** bleibt aber zurück. Die Prioritäten sind falsch und deshalb ist die PDS dagegen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Umstritten ist, ob die EU-Verfassung einen Bezug auf Gott haben soll oder nicht. Ich sage für mich: natürlich nicht! Mit der vorliegenden Grundrechte-Charta wird die Religionsfreiheit durch die Europäische Union gewährleistet. Dabei sollte es bleiben.

Nun komme ich zu den wirklich üblen Teilen im Entwurf der EU-Verfassung, jedenfalls so wie er bisher vorliegt. Demnach sollen die EU-Staaten verpflichtet werden, ihre **militärische Stärke** auszubauen, und sie sollen bereit sein, weltweit Kriege zu führen. Damit würde sich die EU an die fatale US-Strategie anhängen, anstatt sich als Friedensunion zu emanzipieren. Das ist ein Kardinalfehler.

(Zuruf von der SPD: Wo steht das?)

– Wo das steht? Schauen Sie sich nur die gemeinsame Verpflichtung zur Erhöhung der Rüstungsausgaben an! Auch darüber können wir debattieren. Wir sind selbstverständlich dagegen, die Europäische Union so zu militarisieren.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Zur militanten Außenpolitik gesellt sich dann noch eine restriktive EU-Innenpolitik mit ebenso fragwürdigen Mitteln. Bürgerrechte werden abgebaut und humanitäre Normen unterlaufen. Geheimdienste feiern Urständ und Menschen in Not werden ausgegrenzt. Bezeichnend ist, dass die Bundesrepublik hier Vorreiter ist, wenn es um die viel zitierte **Festung Europa** geht. Die miserablen Innenarchitekten der Union tragen Namen wie Schily, Beckstein und Berlusconi.

(Zuruf von der SPD: Na! Na! Na! Was soll das denn?)

Das ist dann, finde ich, eine unheilige Allianz.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Zusammengefasst: Die PDS will, dass sich die EU-Verfassung ganz klar zu einer sozialen EU bekennt. Die PDS will, dass die EU-Verfassung eine Friedensunion vorschreibt.

(Zuruf von der SPD: Das sind wir doch!)

Die PDS will, dass sich die EU-Verfassung einer Volksabstimmung stellt. Das sind drei simple Forderungen, die draußen, im wahren Leben, mehrheitsfähig sind. Diese Forderungen, finde ich, sollten auch im Bundestag mehrheitsfähig sein.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

(A) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Georg Nüßlein.

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Die Füße tragbarer Leitern ruhen auf einem standsicheren, festen, ausreichend bemessenen und unbeweglichen Untergrund, sodass die Leitersprossen in horizontaler Position verbleiben. Leitern müssen so benutzt werden, dass die Arbeitnehmer jederzeit sicher stehen und sich sicher festhalten können.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist nicht etwa ein Auszug aus der Bedienungsanleitung für eine Leiter, wie sie ein besonders eifriger Jurist verfasst haben könnte; das ist Teil des Entwurfs für eine Richtlinie zur zweiten Änderung der Richtlinie 89/655/EWG über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit. Das ist so kürzlich im „Spiegel“ abgedruckt worden. Schon der Titel dieser EU-Richtlinie übertrifft das, was unsere Regierung sonst an höchst kreativen Gesetzestiteln vorlegt. Das ist eine besondere Leistung.

„Die in Brüssel“ ist zum Synonym für **Bürokratie und Regelungswut** geworden. Wer für die Europäische Union und ihre Akzeptanz etwas tun möchte, sollte genau daran etwas ändern.

(B) Nun könnte man auch über Umfang und Sprache des vom Konvent vorgelegten Entwurfs des Verfassungsvertrags reden. Ich will uns das ersparen. Es wäre, so meine ich, auch unangemessen; denn als Parlamentarier tun wir gut daran, uns für das Konventsverfahren einzusetzen und uns nicht einer Exekutivdiktatur zu unterwerfen.

Dauerhaft akzeptiert und getragen werden Union und Verfassungsvertrag nur, wenn der **Subsidiaritätsgedanke** nicht nur verankert, sondern auch umgesetzt wird. Den Zweck einer Leiter, den Krümmungsgrad einer Gurke oder – das Beispiel ist noch berühmter – die Größe eines Traktorsitzes müssen nicht einmal die Nationalstaaten, geschweige denn Europa regeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Konventsentwurf sieht deshalb ein **Klagerecht der nationalen Parlamente** bei Verstößen gegen den Subsidiaritätsgrundsatz vor. Das ist, so meine ich, ausdrücklich zu begrüßen. Dieser Grundsatz macht umso mehr Sinn, je mehr Kompetenzen bei den Nationalstaaten bleiben. Darum sind wir von der CDU/CSU gegen eine Kompetenz der EU in Fragen der Daseinsvorsorge,

(Beifall bei der CDU/CSU)

gegen eine Koordinierungskompetenz in der Wirtschafts-, Sozial- und Energiepolitik, für eine Beschränkung der Binnenmarktklausel auf ihren Kern und für größere Spielräume der Mitgliedstaaten in der Strukturpolitik; die werden wir insbesondere im Hinblick auf die Osterweiterung dringend brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Die Bundesregierung täte gut daran, meine ich, die Forderungen der Opposition bei der italienischen Ratspräsidentschaft anzumelden. Wir dürfen uns doch nicht immer darauf verlassen, dass andere in Europa dies schon richten werden, auch wenn es momentan gar nicht so schlecht aussieht.

Man darf sich auch nicht darauf verlassen, dass die Opposition in Europafragen immer nur den Mund spitzt und am Ende nicht pfeift. Damit bin ich bei der Ratifikation und dem Gesetzentwurf der FDP zum Volksentscheid. Ich finde es zumindest spannend, dass die Liberalen jetzt plötzlich die **Basisdemokratie** entdeckt haben, die Joschka Fischer und die Grünen offenbar aufgegeben haben.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Er traut dem Volk nicht mehr!)

Ich nehme nicht an, dass die FDP künftig alle Prinzipien aufammelt, die die Grünen fallen lassen; sonst hätte sie keine Zeit, mit der CDU/CSU die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der FDP – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daran haben Sie aber lange gefeilt!)

(D) Meine Damen und Herren, die Väter des Grundgesetzes haben mit ihrer Entscheidung für die **parlamentarisch-repräsentative Demokratie** die Konsequenzen aus dem Scheitern der Weimarer Republik gezogen. Das hat sich bewährt. Bewährtes aber soll man nicht aufgeben, auch nicht im so genannten Sonderfall. Einen solchen kann ich an dieser Stelle aber auch gar nicht sehen, es sei denn, Sie gingen davon aus, dass mit dem europäischen Verfassungsvertrag die Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der Europäischen Union aufgehoben werde. Das kann und darf nicht unser Ziel sein. Bleiben wir also bei dem „Europa der Vaterländer“, wie es Charles de Gaulle bezeichnet hat, und messen wir dem Verfassungsvertrag bitte nicht eine Bedeutung bei, die er nicht hat.

Nun könnte ich alles aufzählen, was in Normalfällen gegen einen **Volksentscheid** spricht: die Manipulierbarkeit – Bundesminister Fischer hat bereits eine Fragestellung vorgeschlagen, von der ich meine, dass mit ihr programmiert wäre, wie die Entscheidung ausginge –, geringe Stimmbeteiligung, Abhängigkeit von Stimmungen und all das, was wir heute schon gehört haben.

Aber mindestens die Hälfte aller Gesetze, die wir verabschieden, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, beruhen auf bindenden Vorgaben aus Brüssel. Die Regierungsfractionen haben zudem ihre Sacharbeit auf Kommissionen verlagert, getreu dem Motto: „Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis.“

(Günter Gloser [SPD]: Herzog-Kommission!)

Angesichts dessen sollten wir nicht auch noch die Entscheidungskompetenz zurück an die Bürger delegieren und uns ins Plebiszit flüchten. Wir müssen entscheiden; wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen.

Dr. Georg Nüßlein

(A) (Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner)

Für die Christsozialen ist dies gerade eine **Verantwortung vor Gott**. Deshalb treten wir für die „invocatio dei“ in der Präambel des Verfassungsvertrages ein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bundeskanzler Schröder verkündet dazu:

An Deutschland würde die Hereinnahme eines expliziten Gottesbezuges nicht scheitern.

Allein diese Formulierung unseres „Kanzlers der Beliebtheit“ halte ich schon für eine Provokation,

(Günter Gloser [SPD]: Vorsicht!)

in etwa nach dem Motto: kein Problem, mir egal. Identitätsstiftend für die Wertegemeinschaft Europa war und bleibt demgegenüber das christlich-jüdische Erbe. Die jetzige Formulierung in der Präambel ist unkonkret, unkorrekt und unehrlich. Vor allem das **Christentum** macht die **Identität Europas** aus. Das ist ein Grund, warum ich gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei bin; lassen Sie mich das als ceterum censeo abschließend anfügen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

(B) Nächster Redner ist der Kollege Axel Schäfer, SPD-Fraktion.

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen heute eine Debatte über die europäische Verfassung, über die Ergebnisse des Konvents und über das mögliche Referendum. Leider benutzen die meisten Redner der Opposition sie nur für innenpolitische Eratzgefechte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich stellt sich die Frage, was sie substanziiell zum Thema Europa beizutragen haben.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wesentlich mehr als die SPD!)

Ich will direkt auf den Kollegen Nüßlein eingehen; es ist ja ganz einfach. Warum machen wir eine europäische Richtlinie zum Thema Leitern? Dies geschieht aus Gründen des **Arbeits- und Gesundheitsschutzes**, weil es in der EU in jedem Jahr 8 000 Unfälle gibt und weil uns auch viele Berufsgenossenschaften in unserem Land darauf aufmerksam gemacht haben.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Zukünftig fällt keiner mehr von der Leiter, weil es die EU verbietet?)

Warum machen wir das auch in Bezug auf die Traktorsitze? – Genau, weil es in Ihrem Bereich viele Probleme damit gegeben hat. Das sind die vor Ort real bestehenden

Probleme, die wir in Europa gemeinsam lösen wollen. (C) Aber sie eignen sich nicht für diese Form von billiger Polemik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Leiterhaft!)

Ich komme nun auf das Thema **Gottesbezug** zu sprechen. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in der Diskussion im Europaausschuss sehr deutlich gemacht, wie er als niedersächsischer Ministerpräsident mit dieser Frage im Rahmen der Verfassungsdebatte erfolgreich umgegangen ist. Dazu nehmen Sie aber leider nicht Stellung. Sie wollen eben immer nur das bestätigt bekommen, was Ihren Klischees entspricht.

Um in dieser Debatte glaubwürdig zu sein, müssten CDU und CSU zum Thema Konvent sagen: Wir loben die Regierung ausdrücklich für das, was sie europapolitisch vorangebracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere müssten CDU und CSU loben, dass die Bundesregierung dafür eintritt, das im Konvent ausgehandelte Kompromisspaket nicht mehr aufzuschnüren. Dafür treten nicht nur die Bundesregierung, sondern Christdemokraten – darunter deutsche – und Konservative in der Fraktion der EVP im Europäischen Parlament ein; sie unterstützen die Position der rot-grünen Bundesregierung ausdrücklich. Wir sind dankbar, dass der Präsident des Europäischen Parlaments – Pat Cox ist hier zitiert worden – Gerhard Schröder, Joschka Fischer, diese Regierung und den gesamten Bundestag ausdrücklich darin unterstützt hat, dafür zu kämpfen, den Entwurf des Konvents zum Ergebnis der Regierungskonferenz zu machen. Ich wiederhole: Pat Cox hat dies unterstützt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da dieses Thema so spannend ist, sollten wir auch über Referenden reden. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder führen wir eine nationale oder eine europäische Diskussion. Ich möchte zunächst auf die Möglichkeit einer nationalen Diskussion eingehen. Ich nehme das Eintreten der Kolleginnen und Kollegen der FDP für eine **stärkere Bürgerbeteiligung** ernst; auch ich persönlich bin sehr dafür.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob wir Europa durch ein solches Vorgehen nicht ein Stück weit zum Experimentierfeld für eine Politik machen, die wir uns auf allein Deutschland bezogen – Plebiszite sieht unsere Verfassung in solchen Fragen nicht vor – bisher nicht zugebraucht haben. Ich bin entschieden der Meinung, dass das nicht angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zunächst müssen nämlich all diejenigen in Deutschland, die seriös, engagiert und leidenschaftlich für Plebiszite eintreten, eine entsprechende Kultur entwickeln. Die Fraktionen des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) haben in der letzten Legislaturperiode eine Vorlage eingebracht, die genau darauf abzielte. Sie sind herzlich eingeladen, unsere Ansätze in dieser Legislaturperiode aufzunehmen und weiterzuentwickeln, damit wir zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zur FDP-Position möchte ich Folgendes sagen: Wir wollen keine sich selbst einholende Einzelfallermächtigung durch eine Änderung von Art. 23 des Grundgesetzes. Vor allen Dingen wollen wir kein Quorum von 25 Prozent; denn eine Verfassung muss von der Mehrheit – das Mehrheitsprinzip ist eine der Stärken des Grundgesetzes – getragen werden; deshalb können wir keinen Verfassungsentwurf unterstützen, der auf Minderheiten abzielt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) An dieser Stelle möchte ich als Sozialdemokrat und als europäischer Föderalist ganz bewusst sagen – leider hatte sich dazu bisher niemand geäußert –: Wenn wir es mit einer europäischen Verfassung ernst meinen, dann müssen wir für ein **europäisches Referendum über diese Verfassung** – ich denke dabei an eine Abstimmung am selben Tag in allen 25 Mitgliedstaaten – eintreten. Das Ergebnis sollte eine Mehrheit der Mitgliedstaaten und eine Mehrheit der Bevölkerung sein. Das wäre aus meiner Sicht die einzige Legitimation einer europäischen Verfassung, weil sie sowohl die doppelte Mehrheit gewährleistet als auch all denjenigen, die Europa blockieren wollen, keine Chance gäbe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch dazu sage ich: Lasst uns ehrlich darüber reden, ob wir willens und in der Lage sind, diesen Weg zu gehen! Wenn wir diesen Weg gehen, dann ändern wir die Qualität der Europäischen Union: Aus einem Staatenverbund wird ein Bundesstaat. Wir würden an dieser Stelle dann sagen: Jawohl, wir geben einen Teil der nationalen Kompetenzen in grundlegenden Fragen tatsächlich endgültig an die europäische Ebene ab, ohne dass wir die Chance haben, sie zurückzuholen. Ich persönlich bin dafür, dass wir diesen Mut in Zukunft aufbringen sollten. Ich bitte aber auch um ehrliche Antworten, was die Kolleginnen und Kollegen von der FDP wie von den Unionsparteien dazu meinen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein Letztes: Die Einführung von Plebisziten ist eine Frage des Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Es ist gut, dass es in unserem Land viele Aktionen wie zum Beispiel „Mehr Demokratie“ gibt, wo jetzt entsprechende Diskussionen geführt werden. Wenn wir diese Diskussionen wollen, dann müssen wir gleichzeitig wollen, dass wir, von kontroversen Standpunkten ausgehend, zum Schluss in diesem Parlament zu einem Konsens kommen. Die Debatte darüber im Rechtsausschuss hat einiges Ermutigende gebracht. Deshalb werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Frage

- von Volksabstimmungen, von Initiativen und von Begehren weiterverfolgen. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Klaus Hofbauer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Klaus Hofbauer (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Wochen hat sich unser Bundeskanzler – der Herr Außenminister hat es heute ja auch bestätigt – bezüglich der Frage einer Verankerung des Gottesbezugs in der geplanten EU-Verfassung offen gezeigt. Für uns ist damit die klare Aufforderung verbunden: Der Herr Bundeskanzler soll sich nicht nur allgemein dazu bekennen, sondern er soll in den kommenden Wochen seinen klaren und uneingeschränkten Einsatz zeigen, damit es gelingt, dieses wichtige Ziel in die europäische Verfassung aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- Die Verabschiedung einer gemeinsamen Verfassung ist für Europa von historischer Bedeutung. Hiermit werden die Weichen für die nächsten Jahrzehnte gestellt. Wir alle – ich glaube, darüber besteht Übereinstimmung in diesem Hohen Hause – verstehen unter Europa nicht nur einen geographischen Begriff, sondern auch eine besondere **Wertegemeinschaft**. Robert Schuman, einer der Väter des europäischen Einigungsvertrages nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg, drückte es so aus, dass Grenzen keine Trennungslinien sein dürfen, sondern – ich zitiere ihn –:

zu Berührungslinien werden müssen, damit der materielle und kulturelle Austausch zustande kommt und sich verstärkt.

Gemeinsam mit Konrad Adenauer und de Gasperi suchte Robert Schuman in den 50er-Jahren nach einem Europa der Vaterländer. Diese drei bedeutenden Europäer hatten Visionen und waren überzeugt davon, dass nur die im christlichen Glauben und im christlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnis verankerten Werte ein tragfähiges Fundament für das Zusammenleben der Menschen bilden können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aus diesem Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben sich auch die Präsidenten der deutschen Länderparlamente wie auch die Ministerpräsidenten dafür ausgesprochen, dass die künftige europäische Verfassung einen ausdrücklichen **Gottesbezug** enthält. Die Formulierung „Im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott“ ist auch für eine moderne Verfassung für das entstehende größere Europa der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Klaus Hofbauer

- (A) Der Außenminister hat heute davon gesprochen, dass einige Länder in Europa dagegen sind. Er hat aber nicht gesagt, welche Länder in Europa sich unterdessen eindeutig für den Gottesbezug ausgesprochen haben. Es sind dies unter anderem Italien, Spanien, Österreich, Tschechien, Polen, Irland, Malta, Litauen und Portugal. Deswegen fordern wir vom Kanzler und vom Vizekanzler: Stellen Sie sich an die Spitze dieser Bewegung, damit dieses zentrale Ziel in der Präambel unserer europäischen Verfassung verankert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Selbst die Kernbegriffe der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – sind letztlich nichts anderes als säkularisierte christliche Grundtugenden, inspiriert von der Rationalität der Aufklärung. Die Basis der wichtigsten europäischen Werte liegt also im Christentum.

In der Diskussion wird der Gottesbezug immer wieder infrage gestellt. Es wird argumentiert, dass man eine **Verantwortung vor Gott** nicht einklagen kann. Das ist auch nicht der Zweck eines Gottesbezuges in der Präambel. Die Verantwortung vor Gott soll die Vorläufigkeit, Fehlbarkeit und Unvollkommenheit allen menschlichen Handelns zum Ausdruck bringen. Einer größeren Verantwortung können wir uns nicht stellen. Die Verantwortung vor Gott beschränkt einen absoluten Gewissheitsanspruch der Politik. Sie macht den Entscheidungsträgern jederzeit bewusst, dass sie nicht nur sich selbst Rechenschaft schuldig sind.

- (B) Wir machen uns manchmal Sorgen, dass dieser wichtige Einigungsprozess in Europa an den Menschen vorbeigeht. Wir stellen auch heute im Rahmen unserer Debatte fest, dass die Diskussion um den Konvent an den Menschen vorbeigeht. Ich glaube, dass die Diskussion um einen Gottesbezug viele Menschen für Europa gewinnen würde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Europa besteht nicht nur aus Rechtsverordnungen und Bürokratie. Europa ist wesentlich mehr. Deshalb bitte ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung, Drucksache 15/1112. Es liegen dazu drei persönliche Erklärungen zur Abstimmung vor: zum Ersten vom Abgeordneten Steenblock und 21 weiteren Abgeordneten, zum Zweiten vom Abgeordneten Winkler und zum Dritten vom Abgeordneten Hüppe.¹⁾

¹⁾ Anlagen 3 bis 5

Der Rechtsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1897, den Gesetzentwurf abzulehnen. Die Fraktion der FDP verlangt namentliche Abstimmung. (C)

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? –

(Ute Kumpf [SPD]: Der Haushaltsausschuss ist zu großen Teilen noch nicht da!)

Sind jetzt auch alle Mitglieder des Haushaltsausschusses eingetroffen? –

(Zurufe: Nein!)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.²⁾

Wir setzen die Abstimmungen fort. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, dazu die Plätze einzunehmen.

Tagesordnungspunkte 4 b bis 4 f. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/1694, 15/1695, 15/1712 und 15/1801 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Vorlage auf Drucksache 15/1712, Tagesordnungspunkt 4 d, soll abweichend von der Tagesordnung federführend an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit überwiesen werden. Die Vorlage auf Drucksache 15/1878, Tagesordnungspunkt 4 f, soll an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen. (D)

Tagesordnungspunkt 4 g. Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf Drucksache 15/1898. Unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Annahme des Entschließungsantrages der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Thessaloniki, Drucksache 15/1212. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalition bei Gegenstimmen der CDU/CSU und Enthaltung der FDP angenommen.

Unter Nr. 2 empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrages der Fraktion der CDU/CSU zum Stand der Beratungen des EU-Verfassungsvertrages, Drucksache 15/1207. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschluss-

²⁾ Seite 6185

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

- (C) empfehlung ist mit den Stimmen der Koalition und der FDP gegen die Stimmen der CDU/CSU angenommen.

Anlagen zum Stenografischen Bericht**Ostendorff, Christine Scheel, Marianne Tritz, Irmingard Schewe-Gerigk, Dr. Antje Vollmer und Christa Nickels (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung (Tagesordnungspunkt 4 a)**

Wir stimmen gegen den Gesetzentwurf zur Einführung eines Volksentscheids über die europäische Verfassung, weil direktdemokratische Bürgerbeteiligung für uns nicht teilbar ist. Wir fordern deshalb, die Einführung eines Referendums über die europäische Verfassung mit der innerstaatlichen Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid zu verbinden. Nur so kann sichergestellt werden, dass endlich Ernst gemacht wird mit mehr Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene. Argumente, dass die Bevölkerung nicht „reif“ für eine direkte Beteiligung an politischen Entscheidungen sei, sind nicht stichhaltig. In vielen Bundesländern sind bereits mit großem Erfolg Volksentscheide durchgeführt worden. Die Bürgerinnen und Bürger sind dabei sehr verantwortungsvoll mit ihrem Stimmrecht umgegangen, was alle Populismus-Befürchtungen widerlegt. Bürgerentscheide verlangen auch von Politikerinnen und Politikern mehr Engagement bei der Vermittlung ihrer Positionen und führen so zu mehr gesellschaftlichem Diskurs über politische Fragen. Der oftmals beklagten „Politikverdrossenheit“ muss mehr Bürgerbeteiligung entgegengesetzt werden. Art. 20 Abs. 2 GG legt fest, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Wir sollten den Mut haben, zu den Wurzeln des Grundgesetzes zurückzukehren und den Bürgerinnen und Bürgern mehr direkte Beteiligungsrechte zu ermöglichen.

Für die Einführung von mehrdirektdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten im Grundgesetz ist eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat notwendig. Das bedeutet, dass eine Änderung ohne die Zustimmung der CDU/CSU nicht möglich ist. Wir bedauern ausdrücklich, dass die CDU/CSU nicht bereit ist, den Bürgerinnen und Bürgern mehr politische Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen. Auch die FDP ist sich dieser Mehrheitsverhältnisse bewusst. Wenn die Ablehnung im Plenum sicher ist, lassen sich auch Anträge stellen, die in den eigenen Reihen nicht konsensfähig sind. Wir möchten darauf hinweisen, dass die FDP-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode bei der Abstimmung des rot-grünen Gesetzentwurfs zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid sehr gespalten war und sich auch mehrheitlich gegen mehr direkte Demokratie ausgesprochen hat. Die Ernsthaftigkeit des vorliegenden FDP-Antrags müssen wir deshalb infrage stellen.

Wir streben weiterhin ein Referendum über die europäische Verfassung an. Allerdings sollte grundsätzlich überlegt werden, ob nationale Referenden einer europäischen Verfassung eigentlich angemessen sind. Vielmehr sollte bei der nächsten Revision der europäischen

Anlage 3**Erklärung nach § 31 GO**

der Abgeordneten Rainer Steenblock, Anna Lührmann, Ulrike Höfken, Werner Schulz (Berlin), Silke Stokar von Neuforn, Margareta Wolf (Frankfurt), Ursula Sowa, Grietje Bettin, Michaele Hustedt, Dr. Ludger Volmer, Hans-Josef Fell, Winfried Nachtwei, Undine Kurth (Quedlinburg), Marieluise Beck (Bremen), Winfried Hermann, Peter Hettlich, Friedrich

Verfassung das Änderungs- und Ratifizierungsverfahren dahingehend geändert werden, dass die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in einem europaweiten Referendum diese Änderungen annehmen müssen. Das europaweite Referendum sollte dann als angenommen gelten, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Änderung zugestimmt hat und eine Mehrheit in mehr als Zweidrittel der Mitgliedstaaten erreicht wurde.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung (Tagesordnungspunkt 4 a)

Mein Ziel ist und bleibt, dass die Bürgerrinnen und Bürger Europas in einer Volksabstimmung über die gemeinsame Europäische Verfassung entscheiden dürfen. An diesem konstitutiven Akt müssen die Menschen direkt beteiligt werden. Nur ein europaweiter Volksentscheid kann ein gemeinsames Europa begründen.

Nationale Referenten werden den Erfordernissen eines gesamteuropäischen Integrationsprozesses nicht gerecht. Vielmehr sollten alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in einem europaweiten Referendum abstimmen dürfen.

(B) Wenn die Regierungschefs den Menschen in Europa diese Chance nicht einräumen, werden wir ein europaweites Bürgerbegehren zu diesem Thema herbeiführen.

Die Menschen in Europa werden ihre Recht einfordern, selbst ihre Verfassung zu legitimieren. Repräsentanten werden auf der Grundlage von Verfassungen für bestimmte Aufgaben gewählt. Aber die Verfassung selbst darf nicht allein von den Repräsentanten legitimiert sein. Es ist europäische Verfassungstradition, dass sich die Menschen eines Gemeinwesens selbst ihre Verfassung geben.

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Hubert Hüppe (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung (Tagesordnungspunkt 4 a)

Grundsätzlich stehe ich einem Volksentscheid über eine europäische Verfassung nicht abgeneigt gegenüber. Ich stimme aber gegen den jetzigen Antrag, um damit eine breite Diskussion über die Fraktionsgrenzen hinweg zu eröffnen. In einer solchen Diskussion müsste auch noch einmal über konkrete Regelungen, wie zum Beispiel das entsprechende Quorum diskutiert werden.